BRUCHSTELLEN

Monatliches Infoblatt des Anarchist Black Cross Wien — *Nummer 63 / Jahr 6* — *Wien, Oktober 2020*

Editorial

Bruchstellen ist der monatlich erscheinende Newsletter von Anarchist Black Cross Wien. Wir wollen damit den Infos, die uns jedes Monat überschwemmen, einen passenden Rahmen zur Veröffentlichung bieten. Darunter werden sich Neuigkeiten zur Repression gegen Anarchist*innen und anarchistischer Gefangener rund um die Welt befinden. Wir wollen außerdem an den großen und kleineren Geschehnissen in Österreich dranbleiben. Das bedeutet, dass wir aktuelle Informationen zu Repression, Gefängnisneubauprojekten, Delinquenz und Widerständigkeit in den Gefängnissen (Akte der Rebellion, Ausbrüche, etc...) sammeln werden. Bruchstellen wollen eine monatliche Ergänzung von aktuellen Geschehnissen, andauernden (sozialen) Kämpfen und Terminen sein. Der Fokus liegt auf der Verbreitung von Beiträgen zu aktuellen Geschehnissen, um das Bewusstsein für die regionalen als auch internationalen Kämpfe gegen die Gefängnisgesellschaft zu stärken und diese in unserem Umfeld und über unsere Kanäle greifbarer und relevanter zu machen. Die Entwicklungen eigenständiger Projekte und Perspektiven, die uns bitter nötig erscheinen, ist einer der zentralen Punkte, der mit dieser Veröffentlichung in Zusammenhang steht. Gerne lassen wir uns auch eure Beiträge schicken und bieten damit eine Veröffentlichungsmöglichkeit in Papierform an.

Gegen die Knastgesellschaft ankämpfen! Für die soziale Revolte!

[Österreich] Repression gegen antifaschistische Strukturen – eine erste Übersicht

quelle: rotehilfe.wien



Wir dokumentieren den Spendenaufruf und Bericht der Soligruppe antifa2020 zu den momentanen Ermittlungen gegen Genoss*innen u.a. nach §278a:

Wie auf der Website des Rechtsinfokollekivs Wien (https://at.rechtsinfokollektiv.org/) bereits kurz berichtet, fanden in jüngster Zeit mehrere, tw. gewaltvolle Anhaltungen von Genoss:innen und eine Hausdurchsuchung durch die Polizei statt. Diese Anhaltungen wurden von verschiedenen Polizeieinheiten und in einem absurden Ausmaß ausgeführt.

Konkret handelt es sich um vorübergehende Festnahmen, Befragungen und Beschlagnahme von Mobiltelefonen bei vier Personen. Bei einer dieser Personen wurde zusätzlich eine Hausdurchsuchung durchgeführt, bei welcher elektronische Datenträger sowie persönliche Gegenstände mit „Antifa-Bezug" beschlagnahmt wurden.
Alle betroffenen Personen sind frei und haben die Aussage verweigert. Die beschlagnahmten Mobiltelefone und Datenträger sind verschlüsselt beziehungsweise zumindest versperrt.
Mindestens eine Person wurde im Vorfeld über längere Zeit observiert. Laut derzeitigem Wissensstand und Aktenlage sind die Ermittlungen gegen Antifaschist:innen noch nicht abgeschlossen.
Vorgeworfen werden den betroffenen Personen mehrere Angriffe auf Mitglieder der neofaschistischen und rechtsextremen Identitären.
Konkret:

- Verdacht des Raufhandels, gem. §91 StGB;
- Verdacht der schweren Körperverletzung, gem. §84 StGB;
- Verdacht der Sachbeschädigung, gem. $125 StGB;
- Verdacht des versuchten räuberischen Diebstahles, gem. §§15, 131 StGB;
- Verdacht der Verhinderung oder Störung einer Versammlung, gem. §285 StGB;
- Verdacht der kriminellen Vereinigung, gem. § 278 StGB;
- Verdacht der kriminellen Organisation, gem. §278a Abs. 1 und 2 StGB.

Details zu den Festnahmen:
Nachdem ein Genosse bereits am Morgen des 28.8.2020 auffällige Personen des LVT in der Nähe der eignenen Wohnung beobachtete, wurde dieser auf dem Weg zur Arbeit beharrlich durch zivile Beamten der Spezialeinheit Cobra verfolgt und von einer absurd großen Anzahl von Beamt:innen verschiedener Polizeieinheiten in der Ubahn mit hoher Aufmerksamkeit auf das Mobiltelefon, welches versperrt war, festgenommen. Der Betroffene wurde zu seiner Wohnung gebracht und dort, obwohl kein Widerstand von ihm ausging oder erwartbar gewesen wäre, von einer mit Maschinengewehren bewaffneten Spezialeinheit der Cobra empfangen. Bei der darauffolgenden Hausdurchsuchung, in Anwesenheit eines Anwalts, wurden alle elektronischen Geräte, Laptops, Festplatten, alte Mobiltelefone sowie alle Kleidungsstücke, Poster etc. mit „Antifa"-Bezug beschlagnahmt. Danach wurde der Genosse zur Befragung mitgenommen und nach erfolgreich verweigerter Aussage und Prüfung durch die StA wieder freigelassen. Erfreulicherweise wurden weder Gegenstände zerstört, die Wohnung verwüstet noch Zimmer von Mitbewohner:innen durchsucht.
Beinahe zeitgleich wurde eine weitere Person am Heimweg von der Lohnarbeit an einem öffentlichen Ort von einer – abermals absurd – großen Anzahl an Beamt:innen mehrerer Polizeieinheiten von hinten, auch mit Fokus auf das Handy, überfallen und zu Boden gedrückt. Während der Festnahme wurde gewaltsam versucht, die Finger des Genossen auseinanderzuziehen, um sein Mobiltelefon via Fingerprint zu entsperren. Nachdem dies nicht gelang, wurde auch dieser Genosse zur Befragung mitgenommen und nach erfolgreich verweigerter Aussage wieder freigelassen.

Eine dritte Person wurde von den Ermittlungsbehörden am 30.8. von zuhause zur Befragung mitgenommen. Bei ihm wurde keine Hausdurchsuchung durchgeführt. Auch hier wurde das Mobiltelefon beschlagnahmt und der Genosse nach erfolgreich verweigerter Aussage wieder freigelassen.

Am 8.9. wurde eine vierte Person von der Polizei bei der Arbeit aufgesucht. Auch ihm wurde sofort das Handy abgenommen, er zur Befragung mitgenommen und nach erfolgreich verweigerter Aussage wieder freigelassen.

Die Polizei sieht den Vorwurf §278a unter anderem durch „den Kampf der ANTIFA gegen Rechts" bestätigt.
Dieser Paragraf ermöglicht – siehe Blick in die Vergangenheit (z.B. Repression gegen die österreichische Tierrechtsbewegung 2008) – willkürlich und recht unkompliziert Repression gegen Antifaschist:innen. Diverse Überwachungsmaßnahmen wie u.a. Handyüberwachung, Observationen usw. sind für sie damit rechtlich gedeckt und unkompliziert durchsetzbar.

Die aktuelle Aktenlage zeigt uns, dass die Ermittlungen der Polizei darauf abzielen, Antifaschist:innen zu verfolgen und wie gewohnt antifaschistische Arbeit zu kriminalisieren. Das dabei Rechtsextreme in Ruhe ihre menschenfeindlichen Ideologien streuen und umsetzen können, ist wie immer bezeichnend für den rechten österreichischen Polizeiapparat.

Beachtlich und neu als Repressionserfahrung ist, dass die Cobra-Einheiten den Auftrag hatten , die Personen in einem Moment zu erwischen, wo diese ihre Handys in einem unversperrten Zustand in der Hand hielten bzw. diese (tw. mit Gewaltanwendung) dazu aufforderten, die Sperre aufzuheben. Aufgrund dessen wurden zwei beschuldige Personen von hinten überfallen mit dem Ziel, die Handys unversperrt zu beschlagnahmen, um vollen Zugriff darauf zu haben.

Auf Grund der Ermittlungen wollen wir daher nochmals darauf hinweisen, wie wichtig es ist, Handys & Datenträger zu verschlüsseln, die Wohnungen aufzuräumen sowie die Möglichkeit der Entsperrung des Handys durch „Fingerprint" und „Gesichtserkennung" zu deaktivieren sowie Spekulationen und „Tratschen" online und im echten Leben zu unterlassen, da dies IMMER zu negativen Folgen für Betroffene führen kann.

Wir werden uns von diesen staatlichen Angriffen auf keinen Fall einschüchtern lassen!
Der aktuelle Kriminalisierungsversuch passiert in einem der Klima der autoritären Zuspitzung. Seit Jahren werden der Polizei kontinuierlich immer weitergehende Befugnisse eingeräumt.
Dass Staat und Faschist:innen abermals Hand in Hand gegen Antifaschist:innen vorgehen, zeigt, wie wichtig antifaschistisches Engagement ist!

Wir wollen darauf hinweisen, dass es momentan, da aufgrund der globalen CoVid-19 Pandemie keine Solipartys etc. möglich sind, umso wichtiger ist, die Betroffenen mit Spenden für die anfallenden Prozess- und Anwaltskosten unter folgendem Spendenkonto zu unterstützen:

Rote Hilfe Wien
IBAN: AT46 6000 0103 1036 9883
Verwendungszweck: antifa2020

Solltet ihr in dieser Angelegenheit auch von Repression betroffen sein, Vorladungen bekommen haben, etc. schreibt bitte dringend an: antifa2020@riseup.net

Getroffen hat es ein paar – gemeint sind wir alle. Daher: Gemeinsam, entschlossen und solidarisch gegen ihre Repression. Wir sind alle 278a!

[Deutschland] Liebig34: eine nachricht an unsere verbündeten da draußen!

quelle: liebig34.blogsport.de



Liebe Nachbar*innen, liebe Genoss*innen,
an alle die noch nicht aus der Stadt der Reichen verdrängt wurden!

Am 15. September hat uns ein Schreiben vom Gerichtsvollzieher T. Knop erreicht: Darin steht, dass wir am 9. Oktober um 7 Uhr morgens geräumt werden sollen. Ein riesen Polizeiaufgebot soll die gesamte Straße abriegeln, gewaltsam ins Haus eindringen und uns aus unseren Zimmern, unseren Küchen, unserem geliebten zu Hause raus auf die Straße zerren.

Die Liebig34 ist seit 30 Jahren fester Bestandteil dieses Kiezes. Sie hat ihn mitgestaltet, unterhalten, hat anggeeckt und Widersprüche aufgezeigt. Die Liebig ist und war ein Ort für Vernetzung und Zusammenkommen. Tausende Menschen sind durch diese Tür ein und ausgegangen. Haben hier gewohnt, mitgestaltet, die Räume bemalt, hinterm Tresen gestanden, im Infoladen gestöbert, an der Feuertonne gesessen, von einer besseren Zukunft geträumt.

Eine Bewohnerin meinte mal in einem Interview: wenn diese Wände reden könnten, sie würden die verrücktesten Geschichten erzählen. Ein großes Stück Kiezkultur ist in diesen Wänden verwoben und soll uns jetzt genommen werden.

Die Liebig ist unser zu Hause, unser Rückzugsort, da wo wir Kraft tanken, um kämpferisch in den neuen Tag starten zu können. Das Haus ist ein widerständiger Ort, an dem sich nicht nur die GentrifiziererInnen im Kiez aufreiben, sondern auch Macker, die denken, Leute aufm Dorfplatz scheiße anzumachen. Die Liebig ist ein Ort der Solidarität, wo Menschen über die Jahre immer wieder ein Bett gefunden haben, wo sie sich vom Stress draußen in der Welt erholen konnten. Wo Leute unterstützt wurden, die Scheiße erfahren haben, wo man sich unter die Arme greift, wenns mal finanziell knapp wird.

Die Liebig ist vor allem eins der Symbole einer Stadt, wie sie sein könnte, wenn wir sie selber gestalten dürften. Immer weniger solcher Orte existieren und weichen Luxusbauten und Kapitalanlagen. Wenn diese Häuser erstmal weg sind, können wir sie nicht wieder zurück holen. Mit ihnen geht nicht nur Wohn- und Lebensraum verloren, sondern auch ein Berlin, welches nicht nur für Reiche, Start Ups und als Touriattraktion dient. Es steht für eine Stadt von unten. Dieser Kiez wird nicht mehr der selbe sein, wenn solche Ort verschwinden. Yuppie Cafés ersetzen die kollektiven Ort der Begegnung schon jetzt teilweise. Eine klinisch Reine Bambiland atmosphäre voller steriler Neubauten ersetzt die Alten Häuser, die diese Stadt in und auswendig kennen.

Wir haben nicht mehr viel Zeit, doch wir können sie nutzen, um mit aller Kraft zu zeigen, welches Berlin wir leben wollen. Organisiert euch, kommt vorbei – zeigt denen, die für diese Ungerechtigkeit verantwortlich sind, wie kacke wir das finden. Zeigt mit uns, dass dieser Kiez nicht nur Wohnungseigentümer*innen und Investor*innen gehört, sondern den Menschen, die ihn jeden Tag leben.

Seit kreativ. Am 9. Oktober darf die Liebig nicht geräumt werden. Für einen Kiez von unten!

Liebig 34 bleibt!

[Spanien] Urteil im Fall Rodrigo Lanza, 20 Jahre Haft

quelle: panopticon.blogsport.eu, leicht überarbeitet



Wir hatten am 21. September einen Artikel über Rodrigo Lanza veröffentlicht. Wir berichteten dass das vorläufige Urteil der Jury noch nicht rechtskräftig sei. Die Jury hatte eine Haftstrafe von 25 Jahren gefordert. Heute hatte die Richterin das Urteil auf 20 Jahre festgesetzt und außerdem muss er den Familienangehörigen des Faschisten Laínez eine Entschädigung von 200.000€ zahlen. Die Richterin hat in der Urteilsbegründung verkündet dass er des „heimtückischen" und politisch motivierten Mordes schuldig ist.

Es ist uns nicht bekannt ob man weitere rechtliche Schritte einleiten kann und wird. Oder ob dies in seinem Fall die letzte Instanz ist.

Wir werden weiterhin berichten sobald es Neuigkeiten gibt.

Freiheit für alle Gefangenen
Nieder mit der Knastgesellschaft

Soligruppe für Gefangene

Rodrigo wird beschuldigt im Jahr 2017 bei einer Auseinandersetzung in einer Kneipe in Zaragoza, Spanien, einen Faschisten, Víctor Laínez, ermordet zu haben. Das Verfahren wurde als der „Hosenträger-Fall" bekannt, weil der Faschist Laínez Hosenträger trug die die Fahne vom Königreich Spaniens abbildeten.



[Deutschland] Thomas Meyer-Falk: „….den harten Stiefel in deinen Rücken…..“ & „Der angehaltene Brief“



„….den harten Stiefel in deinen Rücken…..“

Vor wenigen Tagen rief mich ein Genosse an und ich erfuhr, Manfred Peter hat sich das Leben genommen.

Manfred und ich hatten nur sporadisch Kontakt, aber ich verfolgte immer gerne seine kämpferische Beiträge im gefangenen info (https://www.gefangenen.info/), zuletzt in Ausgabe 431, seinen Aufruf einem Insassen zu schreiben, der in der Psychiatrie drangsaliert werde. Er selbst hatte über 2 Jahrzehnte in der forensischen Psychiatrie verbringen müssen, ist erst vor Monaten freigelassen worden. Er hatte sich nie den Mund verbieten lassen und in ebenso direkter wie wuchtiger Sprache auf die Mißstände in den Psychiatrieren, auch auf die Todesfälle hingewiesen und für die Änderung der bestehenden Verhältnisse gekämpft.

Der Stiefel im Rücken (der Titel ist ein Zitat aus einem Gedicht von Thomas Brasch von 1977), er verfolgte Manfred auch nach der Freilassung. Erst eine Wohnungskündigung, dann habe die Bank sein Konto gesperrt – und am Ende sah Manfred nur noch den Ausweg Suizid.

Seine Stimme wird fehlen!

Thomas Meyer-Falk

Anmerkung von ABC Wien:
Wir hatten seit einigen Jahren einigermaßen regelmäßigen Briefkontakt mit Manfred Peter und veröffentlichen immer wieder mal Texte bzw. Briefe von ihm.
Auch nach seiner Entlassung, über die wir uns sehr freuten, schickten wir ihm weiter die Bruchstellen und hatten noch Kontakt. Sein Kampf gegen die Einsperrung ging über in einen Kampf gegen neuerliche Bevormundungen von Sozialarbeiter*innen.
Und dann erfuhren wir sehr überraschend von seinem Tod. Wir hätten ihm nach alle den Jahren ein gutes Leben außerhalb der Mauern gewünscht. (So weit dies eben möglich ist)
Knast und Repression tötet!

„Der angehaltene Brief“

In der Korrespondenz mit Inhaftierten kommt es immer mal wieder dazu, dass von Haftanstalten oder Gerichten Briefe angehalten, sprich nicht weiter geleitet werden. Im folgenden soll es um dieses Thema im Kontext der Untersuchungshaft gehen.

Der Brief vom 25.Mai 2020 und dessen Beschlagnahme

Mit Schreiben vom 25.05.2020 hatte Herr K., er sitzt zur Zeit in Stuttgart-Stammheim in Untersuchungshaft, weil er zuvor in der Sicherungsverwahrungsabteilung der JVA Freiburg an einem Übergriff auf einen anderen Insassen beteiligt gewesen sein soll, mir geschrieben.
Durch Beschluss vom 16.06.2020 wurde der Brief vom Ermittlungsrichter des AG Freiburg (Az. 32 Gs 1356/20) beschlagnahmt. Unter anderem äußere sich Herr K. zum Verfahren selbst und zudem beleidige er darin einen Insassen der Sicherungsverwahrung mit den Worten, bei diesem handele es sich um einen „geisteskranken Intriganten“, weshalb eine Weiterleitung an mich ausscheide.

Die Beschwerde

Hiergegen legte ich als Briefempfänger Beschwerde ein. Ich stellte in Abrede, dass es sich um eine strafbare Beleidigung handele und legte dar, es sei unverhältnismäßig mir zumindest keine Kopie des Briefes weitergeleitet zu haben.

Der Ermittlungsrichter entschied mit Beschluss vom 23.07.2020, dass er der Beschwerde nicht abhelfe und zog schon in Zweifel, ob ich überhaupt berechtigt sei Beschwerde gegen seine Entscheidung zu erheben.
Jedenfalls legte er pflichtgemäß die Akte dem Landgericht vor.

Die Entscheidung des Landgerichts Freiburg

Am 03.09.2020 entschied die 1.Große Strafkammer unter Beteiligung dreier Richterinnen und Richter, dass ich auch als Briefempfänger berechtigt sei Beschwerde zu erheben und bezog sich dabei auf die Rechtsprechung des Bundesgerichtshofes. Um dann abschließend festzustellen, dass mir eine Ablichtung des Briefes zuzuleiten sei, da nur dies dem Gebot der Verhältnismäßigkeit entspräche. Zu der angeblichen Beleidigung die der Brief enthalten sollte, merkte das Gericht unter Verweis auf einschlägige Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts an, angesichts des „Nähe- und Vertrauensverhältnisses“ unter langjährigen Gefängnisinsassen, dürfte es zweifelhaft sein, ob überhaupt eine strafbare Beleidigung vorliege (Az. 1 Qs 1/20).

Bewertung

Der Zeitfaktor springt ins Auge, es wird ein Brief geschrieben, nach Wochen beschlagnahmt und daran schließt sich ein längerer Rechtsstreit an. Die Möglichkeiten der Kommunikation sind in einem Gefängnis schon situationsbedingt eingeschränkt; durch das sich anschließende Procedere der Überwachung ist eine halbwegs zeitnahe Verständigung unmöglich. Für Menschen in Untersuchungshaft ist dies belastend und einschneidend.

In besonderem Maße ärgerlich ist, wenn einem Ermittlungsrichter nicht einmal die Basics bekannt zu sein scheinen, einerseits was die Rechtsprechung zur Beschlagnahme von Briefen angeht, andererseits was die Beschwerdeberechtigung betrifft. Wir haben es nämlich nicht etwa mit einem rechtlich umstrittenen Gebiet zu tun, sondern einer seit Jahrzehnten geltenden Rechtsprechung.

Der Fall zeigt aber auch auf, dass sich Menschen die von einem inhaftierten Menschen angeschrieben werden und davon erfahren, dass der Brief angehalten wurde, nicht scheuen sollten, selbst aktiv zu werden.
Die vorliegend für den Bereich der Untersuchungshaft beschriebene Rechtslage gilt auch für sämtliche anderen Formen der Freiheitsentziehung, sei es in Strafhaft, der Sicherungsverwahrung oder Unterbringung im psychiatrischen Krankenhaus.

Thomas Meyer-Falk
z.Zt Justizvollzugsanstalt (SV)
Hermann-Herder-Str.8
79104 Freiburg
Deutschland

https://freedomforthomas.wordpress.com

http://www.freedom-for-thomas.de

A Bigger Cage is still a Prison

Lied über/gegen Knast von Cistem Failure

From the window I see the mountains
They roll like tidal waves across the horizon
The rain cascades down
Like lava it consumes everything on its journey to the bottom
From the window I hear the aching groaning wind
It forces its way through the cracks onto my skin
I long to climb out , to be swept up in its wrath
But I can‘t break through the bars that keep me in

There‘s nothing i want more then to sleep under a night sky
Hear the animals as they go about their lives
Feel a fire warm my body, feel the mud under my toes
But tonight this cell keeps me enclosed

The trees form a secret green embrace
Their arms beckoning to swallow me whole
I want to climb over these rooftops
And over these fences
And escape to the places none of these guards would go

Sitting here I prepare myself for the future
When instead of one month I could be here for years
Would I lose hope, would i take my life
Or would we find a way to break ourselves out of here?

For if we don‘t have our freedom if we are captured by their iron hands
Then the vision for fire it burns so much more bright
There‘s no justice in this system
A bigger cage is still a prison
Well I hope that somewhere someone breaks free tonight

[Deutschland] Knast Bützow: Bettwanzen, fehlende medizinische Versorgung und ungesicherte Gefangentransporte

quelle: criminalsforfreedom.noblogs.org



Im Folgenden drei Berichte eines Gefangenen des Knastes Bützow, welche wieder einmal zeigen, dass der Knast auf das Leben und die Gesundheit von Gefangenen keinen Wert legt und mit ihnen umgeht, als wären sie Dreck.

Bettwanzen im Haus G : „Schaut euch mal die Wanze an, die Wanze im G-Haus tanzen kann… Auf der Mauer auf der Lauer … in der JVA Bützow“ (Gesang eines Gefangenen)

Wir berichteten in unserem Beitrag vom 22.04.2020 schon über die Bettwanzen auf der Station G II. Nun haben wir September und eine Veränderung am Problem ist nicht in Sicht.

„Seit nunmehr einem Jahr haben die Inhaftierten des Haus G der JVA Bützow erheblich mit der Unfähigkeit der JVA – im Rahmen des Gesundheitsschutzes zu kämpfen. Das Vollzugshaus G ist massiv mit Bettwanzen befallen. Inhaftierte haben mit dem Befall erhebliche Probleme, denn obwohl dieser Befall Meldepflichtig – gegenüber des Gesundheitsamtes ist – ist von Vertretern oder Gutachten wenig zu sehen. Ob das Gesundheitsamt überhaupt davon in Kenntniss ist, sei fraglich.

Den Inhaftierten stinkt es aber so richtig, denn immer wieder müssen die Inhaftierten dann ihre Hafträume verlassen und es ist schon wenig Platz. Doch die JVA Bützow müsste eigentlich die ganze Station G II dicht machen, um das Problem anzugehen, doch statt dessen werden die verlassenen Haft räume in kürze wieder belegt, statt das Problem grundlegend anzupacken.

Das Bettwanzen jede Ritze, Steckdose oder Lüftungskanal aufsuchen und sich verbreiten, scheint man hier wohl nicht ernst zu nehmen, Das wir durch Corona schon genug gebeutelt sind reiche wohl nicht aus, da wird einem noch eine Wanze zum Ärgerniss.

Für uns jedenfalls, stellt das Wanzenproblem eine totale Gesundheitsgefährdung und auch noch ein totales Versagen auf ganzer Linie hier dar.

„Folter oder Zuchtmittel, die Gesundheitsfürsorge in der JVA-Bützow“

Andreas Bach, Gefangener des Knastes Bützow, braucht seit Jahren, u.a. wegen seiner starken Schmerzen, eine zahnärztliche Behandlung. In seinem Bericht schildert er, inwiefern ihm diese vom Knast verweigert wird und er deswegen von einer „Gefährdung von Leib, Leben und Gesundheit“ und auch von Folter spricht.

Andreas hatte sich eine zahnärtzliche Behandlung wegen seines Abrasionsgebisses eingeklagt. Die Behandlung sollte er zum Teil selbst zahlen. Weil er allerdings Anfang 2019 durch die Modernisierung der Anstaltsküche seine Arbeit verloren hatte, verlor er nun auch das nötige Geld, um die Behandlung bezahlen zu können.

„Obwohl bereits schon damals der Zahnarzt auf die Gefahren eines Abbruches der Behandlung hingewiesen hatte, wollte die JVA Bützow diese Gesamtkosten für mich, nun Mittellosen, nicht übernehmen oder vollstrecken. Immer wieder verfasste ich Anträge und Eingaben in dem er auch die erheblichen Schmerzen durch die verweigerte- dringend notwendige – Überkronung und zahnärtzliche Weiterbehandlung monierte. Immer wieder wurden Irsinnige und Schwachsinnige Gründe benannt um die Behandlung – die ca. 2.200 € kostet – abzuwieglen.

Weil Andreas außerdem mit weiteren Vorwürfen des Knastes konfrontiert war (wir berichteten), wurde seit seiner Erwerbslosigkeit im Knast jegliche weitere Arbeitsaufnahme verweigert. Er sollte also seine zahärztliche Behandlung mit dem Geld zahlen, welches man ihm verbot, zu erwerben.

Andreas muss noch 2 1/2 Jahre im Knast sitzen. „Sie hatten mich somit bis zu Terminende zu Schmerz und Leid verdonnert.“ Um die Schmerzen zu lindern, wurde Andreas „mit Scherzmittel zugepumpt. dadurch litt ich aber wiederum an Schlafentzug. Deswegen habe ich mir Schlafmittel verschreiben lassen. Die Schmerzen waren dann aber so erheblich, dass auch mein Blutdruck mittlerweile nicht mehr beruhigt werden konnte. In dem Statium, in dem ich mich jetzt befinde, könnte man bereits von modernen Folter sprechen, wenn einem Inhaftierten derartig die ärtzliche Behandlung verweigert wird um die Kostenlast der JVA Bützow nicht zu streng zu überfordern.

Erst, nachdem sich Andreas an das Justizministerium wandte, erhielt er „plötzlich und unverhofft am 12.05.20 Arbeit. Nun darf ich mir, auf eine baldige Weiterbehandlung Hoffnung machen.“

Fehlende Sichterheitsgurte im Gefangenentransport

Am 11.08.2020 sollte Andreas, im Rahmen einer Besuchsüberstellung, von Bützow in den Knast Tegel verlegt werden. Auf dem Weg nach Tegel wurde der Gefangegentransporter in Neubrandenburg in einen Unfall verwickelt.

„Es kam zu einem heftigen Zusammenprall. In Folge dessen rutschte ich gewaltvoll gegen die mit Riffelblech ausgekleidete Fahrgastzelle und Knallte ungebremst gegen die Wand.

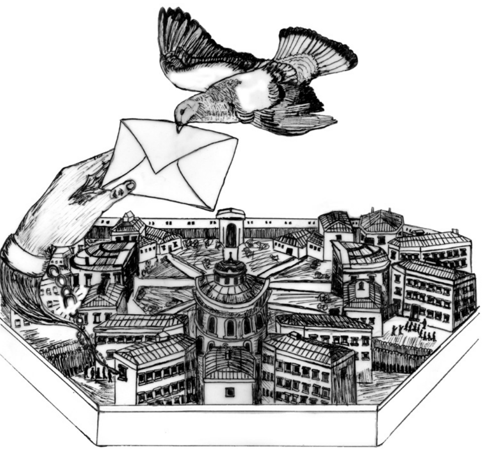
Hierbei zog ich mir eine massive Knieprellung zu. Nunmer wir bemängelt, dass sich in diesem Bus keine Sicherheitsgurte für die Inhaftierten befinden. Sie sitzen also schutzlos in der Fahrgastzelle.

Man kann von Glück sprechen, dass der Aufprall mit geringer Geschwindigkeit geschehen ist (ca 30km/h). Man will sich nicht ausmalen, was geschehen wäre, wenn der Bus mit 60 oder 80 km/h einen Unfall hätte. Das ist unverantwortlich. Dann würde ich diesen Mangel sicherlich nicht berichten können. […] Diesbezüglich muss jedoch zu erwähnen sein, dass die fehlenden Sicherheitsgurte im Bus des Landes M-V die Gefahr für Leib, Leben und Gesundheit erheblich bestärken. Bei mir jedenfalls ist durch den Unfall eine psychische Belastung hervorgetreten, denn nun fährt eine Angst mit, die seines gleichen sucht.“

Der hier beschriebene Umgang mit Gefangenen ist kein Bützow-Phänomen, sondern setzt sich in jedem beliebigen Knast fort und ist die logische Konsequenz, wenn einige Menschen der Willkür und uneingeschränkten Gewalt anderer Menschen ausgesetzt werden. Die Mitarbeiter*innen der Knäste fühlen sich wiederum in ihrem Umgang mit Gefangenen sicher, weil sie denken, unbeobachtet zu sein. Sie können machen was sie wollen – niemand sieht hin, niemand beschwert sich.

Diese Sicherheit sollten wir ihnen nehmen, indem wir aus den Knästen heraus berichten, die Belange der Gefangenen öffentlich machen, Verantwortliche benennen und sie zur Rechenschaft ziehen.

Werdet solidarisch, schreibt Gefangenen, verbreitet ihre Belange und geht für sie und die Abschaffung aller Knäste auf die Straßen!



In eigener Sache & Termine mit/von/ohne ABC W:
Die Gefangenenliste gibt es auch als fertig formatiertes monatlich aktualisiertes PDF.

29.10. ABC Schreibwerkstatt @ekh 18 - 20 Uhr

27. - 29.11. Anarchismustage Wien

Kostenloser Versand an Gefangene/Infoläden.
Melden könnt ihr euch unter:

Kontakt: ABC Wien
Postfach 18, 1100 Wien
abcwien@riseup.net
http://www.abc-wien.net/

Der Aufstand in Kolumbien: »Ein Beispiel dafür, was kommen wird«

quelle: de.crimethinc.com

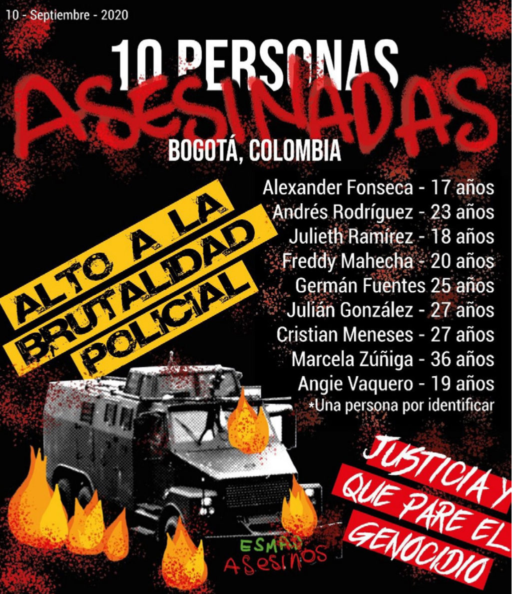
Ein Bericht und Interview über die Hintergründe der Revolte

In den Straßen mehrerer kolumbianischer Städte kam es in den letzten zwei Tagen (9./10. September) zu heftigen Konflikten als Reaktion auf den brutalen Mord in Bogotá durch die Polizei an dem 43-jährigen Javier Ordóñez (einem Anwalt und zweifachen Vater). Ordóñez trank friedlich auf der Straße vor der Wohnung seiner Freund:innen, als die Polizei eintraf und ihn ohne Provokation schlug und 11 Mal mit einem Elektroschocker angriff. Als er im Krankenhaus ankam, nach dem er auf dem Polizeirevier weiter verprügelt wurde, war er bereits tot.

Ein Video, das von Ordóñez‘ Freund:innen aufgenommen und über soziale Medien verbreitet wurde, löste in Bogotá, Cali, Medellín, Bucaramanga, Popayán, Ibagué, Barranquilla, Neiva, Tunja und Duitama massenhaft Proteste aus. Allein in Bogotá wurden 56 Polizeinebendienststellen, die CAIs (Comandos de Atención Inmediata) genannt werden, beschädigt, die meisten von ihnen verbrannt. Obwohl in den Mainstream-Nachrichten von acht Menschen berichtet wird, die in der ersten Nacht von der Polizei oder Paramilitärs getötet wurden, zeigen Bilder am Donnerstag, dass 10 Personen getötet worden sind, von denen alle bis auf eine Person identifiziert werden konnten. Die Zahl der Verletzten variiert je nach Quelle. Die New York Times behauptete, dass weitere 66 in der Nacht vom 9. September Schusswunden erlitten hatten, mit insgesamt über 400 Verletzten.

Kolumbien hat eine intensive Geschichte gewalttätiger staatlicher und paramilitärischer Unterdrückung, die sich während der Pandemie nur noch verstärkt hat. Unter dem derzeitigen Präsidenten Ivan Duque, der weithin als eine Fortsetzung des korrupten Narko-Regimes des ehemaligen Präsidenten Álvaro Uribe angesehen wird, hat die kolumbianische Regierung es versäumt, ihre Seite der Friedensabkommen mit den demobilisierten Guerillakräften aufrechtzuerhalten, und Morde und das Verschwinden von Aktivist:innen, Dissident:innen und Revolutionär:innen haben deutlich zugenommen.

Im folgenden Bericht und Interview erkunden wir den Hintergrund und die Auswirkungen des jüngsten Kapitels einer globalen Welle von Aufständen gegen Polizei und staatliche Repression. Für weitere Informationen über die sozialen Kämpfe in Kolumbien und anderen Teilen Lateinamerikas, schau bei Avispa Midia und PASC, das Colombia Solidarity Accompaniment Project, vorbei – beide haben zu diesem Artikel beigetragen.

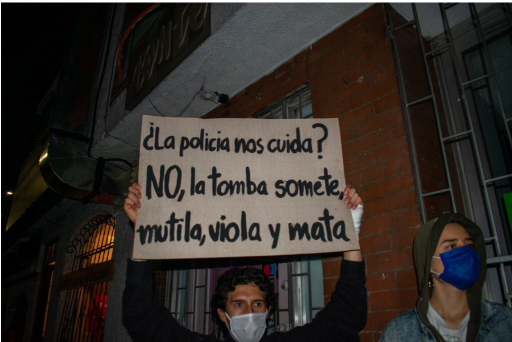


10. September 2020: 10 Menschen ermordet, Bogotá, Kolumbien. Gerechtigkeit, stoppt den Genozid!

Der Hintergrund: Der Paro Nacional 2019

Am 21. November 2019, inspiriert von der chilenischen Revolte und den Aufständen in Südamerika, gingen weite Teile der kolumbianischen Gesellschaft auf die Strasse. Die Proteste, die oft einen militanten Ton anschlugen und ungefähr einen Monat dauerten, waren nicht wegen eines bestimmten Missstandes, sondern eine Reaktion auf mehrere Faktoren, die das Leben in diesem vom Krieg zerrissenen Land unerträglich gemacht hatten. Duques Regierung versuchte, ein unpopuläres Paket von Sparmaßnahmen durchzusetzen; Student:innen forderten bessere finanzielle Mittel für die Bildung und die Morde an Aktivist:innen, Indigenen und Ex-Guerillas durch den Staat oder Paramilitärs hatten zugenommen.

Die monatelange Mobilisierung wurde als paro nacional oder nationaler Streik bezeichnet. Es war nicht so sehr die Dauer der Aktion, die Bedeutung lag mehr in der Tatsache, dass es das erste Mal seit Jahrzehnten war, dass es eine solche autonome Massenmobilisierung gab. Jahrelang war der militante Widerstand von spezialisierten, bewaffneten Guerillagruppen wie den FARC (Revolutionäre Streitkräfte Kolumbiens – Volksarmee) und der ELN (Nationale Befreiungsarmee) monopolisiert worden. Der Streik stellte die Rückkehr der allgemeineren Konfrontation auf der Straße dar, die eine viel breitere Beteiligung ermöglichte.



»Die Polizei schützt uns? NEIN, die Bullen unterdrücken, verstümmeln, vergewaltigen und töten.«

Ein Jahr der Revolte in Südamerika

Kolumbiens paro nacional sollte im Zusammenhang mit den Bewegungen gesehen werden, die andere südamerikanische Länder zu dieser Zeit erschütterten. Während der chilenische Aufstand länger dauerte und in Bezug auf Selbstorganisation und Militanz weiter reichte, kam es 2019 in Ecuador, Peru, Bolivien und Paraguay zu ausgedehnten Protesten. In Bolivien führte ein komplexer und hochgeladener Konflikt zu einem blutigen Putsch der rechten Christen.

Wie in Kolumbien gab es mehrere langjährige Gründe für die Mobilisierungen. Lateinamerika hat jahrzehntelang unter astronomischen Raten von Gewalt und Ungleichheit gelitten – eigentlich seit Jahrhunderten. Dank der Sparpolitik wurde die Hauptlast der jüngsten wirtschaftlichen Stagnation vorsätzlich den am meisten an den Rand Gedrängten aufgezwungen.

Die Beispiele der Revolte in anderen südamerikanischen Ländern, wie auch in Hongkong und darüber hinaus, haben dazu beigetragen, den Monat des Protests in Kolumbien Ende letzten Jahres zu entfachen. Die neuen Taktiken, die in Hongkong und Chile populär gemacht wurden, spiegelten sich in der effektiven Anwendung der Primera Linea Schildblock-Taktik durch die kolumbianischen Rebell:innen wider.

Die Monate der Unruhen in Chile, die nur durch die Pandemie aufgehalten wurden, eröffneten einen inspirierenden Horizont für die Menschen in Südamerika (und rund um den Globus). Am anderen Ende der Skala ist der Alptraum, den Bolivien im letzten Jahr durchlebt hat, eine ernüchternde Erinnerung daran, dass politische Coups und offen rassistische Regimes eine genauso große Bedrohung darstellen wie eh und je. Es steht viel auf dem Spiel, wie die Kolumbianer:innen aus jahrelanger staatlicher und paramilitärischer Gewalt nur allzu gut wissen.



Ein Demonstrant in Bogotá benutzt eine Spraydose, um die Flammen einer brennenden Polizeistation am 10. September anzufachen. Foto von Nadège Mazars.

Pandemie, Wirtschaftskonflikt und Repression

Kolumbien wurde von der Pandemie hart getroffen – und auch von intensiven, militarisierten Quarantänen, gegen die die meisten Menschen aus ökonomisch bedingter Verzweiflung verletzen mussten. In einem Land, in dem die meisten Menschen ihren Lebensunterhalt in der informellen Wirtschaft verdienen müssen, wurden die Menschen sogar noch weiter kriminalisiert, weil sie das taten, was sie tun mussten, um zu überleben.

Das ohnehin schon turbulente, tägliche Leben wurde deutlich schlechter. Gräueltaten wurden fast völlig ignoriert. In einem Fall massakrierte der Staat 23 Gefangene im Gefängnis von La Modelo, weil sie gegen die miserablen Bedingungen und mangelnde Pandemievorsorge protestierten. Der Staat und andere bewaffnete Gruppen haben die Pandemie als Deckmantel benutzt, um die Repression gegen Organisator:innen und Widerstandsbewegungen zu verstärken. Auf die Frage nach dem aktuellen Aufstand sagte ein Anarchist in der Stadt Cali: »Das war schon eine Weile abzusehen. Massaker fanden fast täglich statt. Wir lassen uns das nicht mehr gefallen und wir sind auf der Straße und geben alles.«



Die Menge stellt sich am 9. September einem gepanzerten ESMAD-Fahrzeug in Bogotá.

Parallelen zur George Floyd-Rebellion

Während die internationale Solidarität mit dem Aufstand der USA gegen die Polizei schnell viele Teile der Welt erreichte, markiert dieser Aufstand in vielerlei Hinsicht das erste wirkliche Auftreten desselben Modells in einem anderen Land. Das Ausmaß und die Schnelligkeit der Reaktion in Bogotá auf den Mord an Ordóñez hat bereits in den Schatten gestellt, was in Minneapolis oder Kenosha geschah. Dies ist nicht ganz überraschend in einem Land von ungefähr der Größe und Bevölkerung Kaliforniens, in dem seit dem Friedensabkommen von 2016 971 Aktivist:innen, Menschenrechtsverteidiger:innen und Ex-Partisan:innen ermordet wurden.

Nach allem, was man hört, wurden die Proteste hauptsächlich von jungen Leuten angeführt – von den neun bestätigten Todesfällen in der Nacht vom 9. September waren acht der Verstorbenen zwischen 17 und 27 Jahre alt. Die Straßenkämpfer:innen richteten sich hauptsächlich gegen Polizei, Polizeidienststellen und Banken, aber die Zerstörungen waren ziemlich weit verbreitet.

Es bleibt abzuwarten, wie sich einige der spontanen Elemente der Proteste der letzten zwei Tage mit der organisierten Militanz verbinden werden, die sich im November und Dezember letzten Jahres entwickelt hat. In den USA sahen wir Aspekte sowohl der ersten Welle von Unruhen in Minneapolis als auch der ›Frontlinie‹-Organisationsformen, die sich in Portland entwickelten und Ende August ebenfalls in Kenosha auftauchten.

Einiges der Sprache, die in den Straßen Kolumbiens zu sehen ist, ähnelt auch der Sprache der Revolte, die mit dem Mord an George Floyd begann. Jenseits des mittlerweile allgegenwärtigen ACAB, das überall geschrieben steht, trugen die Demonstrierenden Schilder mit der Aufschrift »Die Polizei schützt uns nicht«. Eine zertrümmerte Straßenplakatwand wurde neu dekoriert mit der Aufschrift »Nichts ist mehr Wert als das Leben«.

Unglücklicherweise setzen die kolumbianischen Medien bereits ihre eigene Version der verleumderischen ›Agitator:innen von außen‹-Erzählung ein, die im Mai und Juni in den USA so zerstörerisch wirkte. Ein Bericht von RCN Noticias, einem kolumbianischen TV-Nachrichtensender, schürt die Angst vor hoch organisierten Straßengruppen unter der Leitung von Guerillakräften:

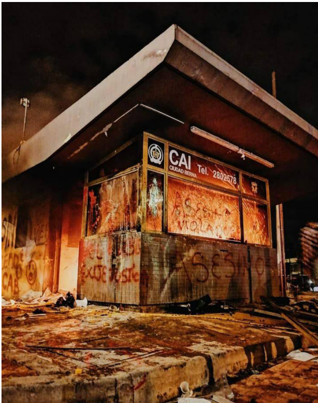
»Die Zerstörung von 56 CAIs war kein Fall von isolierten Vorfällen, sondern eine artikulierte Strategie, die im Voraus vorbereitet wurde und auf einen Auslöser wartete. Wir haben Einzelheiten über die bewaffneten Kollektive, ihre Vorbereitung auf den Angriff und ihre Rekrutierung von Jugendlichen in Oberschulen und Universitäten. Dieser Bericht… enthüllt eine Reihe von Zellen oder Nachbarschaftsgruppen hinter den gewalttätigen Protesten, die sich dem Chaos verschrieben haben und die von der ELN und den FARC-Splittergruppen gesteuert werden.«

Nach einer lächerlich paranoiden Erklärung der Bedeutung von ›ACAB‹, blenden sie zum kolumbianischen Verteidigungsminister Carlos Holmes Trujillo um: »Das hat einen internationalen Ursprung. Es hat einen internationalen Ursprung und richtet sich gegen die Polizei von Ländern auf der ganzen Welt«.

Genau wie sein US-amerikanisches Gegenstück dient diese falsche Erzählung dazu, den Protest in den Augen der Bevölkerung zu delegitimieren. In den USA hat sie die Bühne dafür bereitet, dass zumindest ein Teil der Bevölkerung eine noch brutalere Phase der Polizeirepression akzeptiert. Mehr kolumbianische Jugendliche werden wegen der unverantwortlichen und unbegründeten Anschuldigungen dieser ›Journalist:innen‹ getötet werden.

Der Hauptaktionär des RCN ist der kolumbianische Milliardär Carlos Ardila Lülle, besonders verabscheut wegen seines Anteils an der Zuckerindustrie im Bundesstaat Cauca, wo viele indigene Nasa wegen ihres Widerstands gegen den Monokultur-Zuckerrohranbau, der in ihr Land eindringt, ermordet wurden. Lülles Reichweite erstreckt sich über Medien und Industrie hinaus auf politischen und narko-paramilitärischen Einfluss.

Es gibt kein koordiniertes internationales Komplott »gegen die Polizei von Ländern auf der ganzen Welt«. Wer könnte so etwas organisieren? Nur die extrem Wohlhabenden haben die Mittel, Leute zu bezahlen, die sich sonst nicht auflehnen würden – und sie versuchen, Bewegungen für Veränderungen zu unterdrücken, nicht sie zu katalysieren. Das Gegenteil ist der Fall: die Politiker:innen und die Polizei aller Regierungen der Welt koordinieren sich, um uns allen gewaltsam die kapitalistische Weltordnung aufzuzwingen. Es gibt keine geheime Kabale, die den Widerstand verschwörerisch organisiert – die Situation ist so schlimm geworden, dass als Antwort auf die Bedingungen, die den Menschen auferlegt werden, Aufstände ausbrechen. Wenn es Parallelen zwischen den Aufständen in verschiedenen Teilen der Welt gibt, dann einfach deshalb, weil die Unterdrückungsmittel so universell sind, dank der Homogenität der globalen herrschenden Klasse und der Strategien, die von denjenigen angewandt werden, die sie bilden. Die Polizei steht überall an vorderster Front dieser Unterdrückung.



Ein ausgebranntes und verwüstetes Polizeirevier in Bogotá, das in der Nacht des 9. September zerstört wurde.

10. September: Mehr Proteste

In der Nacht des 10. September gingen die Demonstrationen in Bogotá, Cali und anderen Städten weiter. Einem unabhängigen Medienaktivisten zufolge, der vor Ort in Cali war, mobilisierten die ESMAD (Mobile Anti-Riot Squadron), Carabineros, berittene Polizei und Militärpolizei schwer – eine untypische Gewaltdemonstration, insbesondere der Einsatz der Militärpolizei. Gerüchte über den zusätzlichen Einsatz von scharfer Munition gegen Demonstrierende haben sich noch nicht bestätigt, aber es gibt Fotos von Polizisten, die mit Pistolen auf Menschen zielen. Stunden nach dem Protest in Cali, der am 10. September stattfand, musste sich eine Gruppe von Demonstrierenden in das Universitätskrankenhaus flüchten, wo sie stundenlang von der Polizei umstellt waren. Sie wehrten sich tapfer. Bis 21 Uhr waren mindestens 32 Personen verhaftet worden, obwohl laut Medios Libres Cali nur sieben identifiziert werden konnten.

In Bogotá hatten Menschenrechtsorganisationen am 10. September um 22:30 Uhr 138 bestätigte Festnahmen gemeldet. Die Zahl wuchs während der ganzen Nacht. Obwohl weitere Polizeimorde nicht gemeldet wurden, beschrieben Quellen, die die Ereignisse auf Twitter dokumentierten, fortgesetzte Prügel, Verschwindenlassen und Folterungen von Demonstrierenden.

Es scheint unwahrscheinlich, dass die Unruhen in absehbarer Zeit nachlassen werden.

Interview: Ein Anarchist aus Bogotá

Ein langjähriger Einwohner von Bogotá und Mitglied von PASC, dem Colombia Solidarity Accompaniment Project, gibt im folgenden ausführlichen Interview mehr Kontext.

—Was hat dazu geführt?

Der Hintergrund von den Ereignissen, die wir am 9. September und heute, am 10. September, in den Straßen von Bogotá gesehen haben, ist ein langjähriger sozialer Konflikt. Die Pandemie hat die bereits vorher bestehende Lage in Bezug auf Armut, Ausgrenzung, riesige Vorstädte voller Vertriebener… den bewaffneten Konflikt, der immer noch andauert, den Krieg gegen die Armen noch deutlicher gemacht. Der Krieg gegen die Campesinos durch Paramilitärs auf dem Land dauert immer noch an, also gibt es immer noch Wellen der Vertreibung von armen Menschen, die dann in den Vorstädten festsitzen. Normalerweise überleben die Menschen durch die informelle Wirtschaft… sie haben gerade sechs Monate damit verbracht, kriminalisiert zu werden, nur weil sie aus ihren Häusern gehen, um Essen zu kaufen. So sterben die Menschen buchstäblich vor Hunger; die Menschen waren in den letzten Monaten in einer unerträglichen Situation. Und die andauernde Brutalität der Polizei ist, wie an vielen anderen Orten der Welt, etwas, das die Menschen aufregt, besonders die armen Menschen, die ständig Repressionen ausgesetzt sind – die Gefängnisse sind voll von armen Menschen.

Das hat also definitiv etwas mit dem zu tun, was passiert ist. Am 9. September, um 4 Uhr morgens, trinkt ein Typ mit ein paar Freund:innen ein Bier auf der Straße, was illegal ist… dann kommt die Polizei und, laut seinen Freund:innen, sagt der Typ: »OK, gut, geben Sie mir einen Strafzettel, das ist in Ordnung, ich trinke ein Bier auf der Straße. Sie wollen mir einen Strafzettel geben, dann geben Sie mir einen Strafzettel«, und die Polizei antwortete: »Nein, heute gibt es keinen Strafzettel«, und sie fingen an, ihn zu verprügeln und ihn zu tasern. Laut der Autopsie haben sie ihn mindestens 11 Mal getasert. Schließlich brachten sie ihn auf die Polizeistation, wo er erneut verprügelt und schließlich ins Krankenhaus gebracht wurde. Als er im Krankenhaus ankam, war er tot.

Und dann, noch machten sie es noch schlimmer: als die Familie zu Hause war, mit der Leiche, Kerzen herausholte und ihre Zeremonien durchführte, ging die Polizei mit ihren Tasern in der Hand stolz vorbei. Diese Haltung der Polizei war also der Funken – Menschen fühlen sich unterdrückt, sie fühlen, dass ihr Leben nichts wert ist, und deshalb gingen die Leute gestern Abend auf die Straße.

>>>

Um 17 Uhr gab es einen ersten Aufruf. Viele Menschen versammelten sich um die Polizeistation. Die Haltung der Polizei war wirklich repressiv gegenüber den Menschen. So entwickelte sich die Situation zu Unruhen. Ungefähr 50 Polizeistationen wurden niedergebrannt. Die Polizei benutzte diese Ausrede, um das Feuer gegen die Menschenmassen zu eröffnen – so haben wir jetzt die Bestätigung von sieben Toten und 45 Verwundeten, mindestens 20 davon durch Kugeln. Ihnen wurde buchstäblich der Befehl gegeben, Menschen auf den Straßen zu erschießen. Zu schießen, um zu töten. Die Bilder, die wir in den sozialen Netzwerken sehen können, sind also wirklich beunruhigend: Bullen, von denen einige keine Polizeiuniform tragen, und andere Zivilist:innen, von denen man nicht weiß, ob sie Polizist:innen, Familien von Polizist:innen, Paramilitärs oder was auch immer sind, die auf der Straße hinter den Leuten her sind um sie zu erschießen.

Das ist das, was gestern Nacht bis in die Morgenstunden passiert ist. Im Moment ist es der 10. September; es gibt weitere Demonstrationen vor der Polizeistation, und einige Leute sind heute schon verhaftet worden.

—Wie würdest du die Verbindung zwischen diesem Aufstand und der *paro nacional* vom letzten Jahr beschreiben?
Wir müssen also verstehen, dass es in Kolumbien seit sieben Jahren, seit zehn Jahren, einen andauernden Mobilisierungsprozess gibt… die letzte große Episode war ein Generalstreik im November 2019. Wegen des Jahresendes hörte er auf, aber er sollte im März 2020 wieder aufgenommen werden.1 Aber stattdessen saßen wir, wie die Menschen überall auf der Erde, wegen der Pandemie sechs Monate lang zu Hause fest. Es gibt also eine Menge Wut, es gibt eine Menge Zorn, die aus der Frustration des Gefühls kommt, das die Leute vor ein paar Monaten hatten. Und außerdem haben diese andauernden Mobilisierungen von Campesinos in den Städten eine bestimmte Art von sozialem Gefüge aufgebaut – die Nachbar:innen kennen sich also, weil sie den ganzen November und einen Teil des Dezembers hindurch jede Nacht zusammen mit Töpfen Krach geschlagen haben. Dieses soziale Gefüge war die Grundlage für die andauernde Mobilisierung, auch für das, was heute geschieht. Wir können also definitiv eine Verbindung und einen Aufbau aus diesen Situationen erkennen.

—Was war die Rolle der Antiautoritäten in dem Aufstand?
Es war wirklich interessant mit einigen der Mobilisierungen in den letzten Jahren und besonders die letzte, der Streik – es ist nicht nur das, was wir hier die ›organisierten‹ Leute nennen, die auf die Straße gehen. ›Organisiert‹ bedeutet, in einer anarchistischen Föderation zu sein, in einer Gewerkschaft, in einer Campesino-Organisation, in einer der großen sozialen Bewegungen, die in Kolumbien aktiv sind. Es übersteigt diese Kategorien. So siehst du deinen Nachbarn, der nie etwas organisiert hat, der nur irgendwie gegen Ungerechtigkeit ist und sich den Protesten anschließt, die früher nur aus Aktivist:innen bestanden. Es war interessant zu sehen, wie sich das geändert hat, in Bezug auf die Art von Leuten, die auf die Straße gehen – und auch verschiedene Leute, die zusammen arbeiten, Antiautoritäre und Leute aus sozialen Bewegungen, indigene Bewegungen, und: das alles zusammen zu sehen. Im vergangenen Monat haben sich trotz der Pandemie die indigenen Bewegungen, die Campesino-Bewegungen und die Student:innenbewegungen zu einem Marsch für die Würde zusammengeschlossen – 50 bis 100 Menschen sind seit zwei Wochen aus verschiedenen Regionen in Richtung Bogotá unterwegs. Das zog eine Menge Unterstützung von vielen Menschen an. Es war ein weiteres Element im Hintergrund.

—Siehst du einen Zusammenhang zwischen diesem Ereignis und der Anti-Polizei-Revolte in den USA, die im Mai begann?
Wir können definitiv eine Verbindung zwischen der Revolte hier und der Revolte, die wir in den Vereinigten Staaten verfolgt haben, sehen. Offensichtlich ist es ein wichtiger Kampf rund um den systemischen Rassismus in den Vereinigten Staaten und was er für die Schwarzen bedeutet. Black Lives Matter und der ganze Sinn dieses Kampfes in den Vereinigten Staaten ist nicht direkt auf Kolumbien zu übertragen, auch wenn wir sehen können, dass diejenigen, die am meisten von der Tötung sozialer Führungspersönlichkeiten und von der Welle der Massaker, die wir auf dem Land in Kolumbien gesehen haben, betroffen sind, Indigene und Schwarze Gemeinschaften sind. Gemeinschaften, die organisiert sind, die eine andere Art haben, das Leben zu sehen, die Gemeinschaftsbindungen haben und ein anderes Projekt im Leben haben, das nicht der Kapitalismus ist. Es gibt also Verbindungen und es gibt Unterschiede.

Aber ich denke, das Hauptproblem ist, dass die Pandemie nur ein weiteres Beispiel ist, das bestätigt, warum die Menschen dieses System nicht mehr ertragen können, und die Menschen lehnen sich wirklich gegen diese Unterdrückung auf. Das ist die Hauptverbindung, das ist es, was man lernen kann, das ist es, wo wir Brücken bauen können in Bezug auf Fragen wie: von welcher Welt träumen wir? Können wir träumen, können wir eine Welt bauen, in der wir keine Gefängnisse brauchen? Können wir eine Welt bauen, in der wir den Staat nicht brauchen? Das sind die Art von Fragen – und das ist die Basis, von der aus wir diese Brücken zwischen den Kämpfen in den Vereinigten Staaten und dem Rest Amerikas bauen können, zusammen mit den Kämpfen der indigenen und Schwarzen Community.

—Welche Rolle haben paramilitärische Gruppen bei der Repression gespielt?
Der bewaffnete Konflikt in Kolumbien dauert immer noch an. Im Grunde genommen hatte der Hauptkrieg gegen die Bevölkerung nicht so viel mit den Guerillas der FARC zu tun – der Krieg ist eigentlich ein Krieg des Staates gegen die eigene Bevölkerung, gegen sein eigenes Territorium, denn viele Gemeinschaften haben eine andere Lebensweise. Sie wollen nicht vom Staat abhängig sein, sie wollen territoriale Autonomie haben, sie wollen ihre eigene Wirtschaft haben, die keine kapitalistische Wirtschaft ist. Es gibt also einen andauernden Krieg gegen diese konkret existierenden Projekte.

Und dieser Krieg spielt sich durch legale Maßnahmen ab – es gibt eine legale Umrahmung – Menschen werden verhaftet und inhaftiert, es gibt politische Gefangene, Menschen werden von der Polizei unterdrückt. Aber der Paramilitarismus ist eine Strategie, die der Staat schon immer als Mittel benutzt hat, um Terror auf dem Land zu verbreiten und Genozid an indigenen Menschen und auch an ihren Projekten, an diesem sozialen Gefüge, zu begehen. Das soziale Gefüge selbst ist das militärische Ziel der paramilitärischen Strategie. Das ist etwas, das seit so vielen Jahren so tief in die kolumbianische Gesellschaft eingewoben ist, dass wir nicht einmal überrascht waren, als wir gestern Abend Zivilist:innen sahen, die sich offen mit Waffen der Polizei anschlossen und ihnen halfen. Denn paramilitärische Aktivitäten sind so lange in der Praxis des Militärs und der Polizei Kolumbiens verankert, dass beide grundlegend miteinander verbunden sind.

—Was bedeutet dieser Aufstand im größeren Kontext der sozialen Bewegungen in Kolumbien und Südamerika?
Mehrere große Organisationen haben geplant, wie sie die Rückkehr des Generalstreiks organisieren können. Eigentlich für den 21. September. Also diese Unruhen, dieser Aufstand – es ist interessant, dass er in dem Moment eintrifft, an dem alle, die während der Pandemie ruhig blieben, auch wenn die Situation offensichtlich unerträglich war, etwas vorausahnten. Für Menschen, die in den letzten Wochen obdachlos geworden sind, ist das Elend, zu dem ein großer Teil der Gesellschaft verurteilt ist, völlig unerträglich. Also haben alle gewartet, auf einen großen Aufstand gewartet. Er ist ein Beispiel für das, was noch kommen wird.

Er ist ein Beispiel dafür, was in Kolumbien kommen wird, aber er ist auch ein Beispiel dafür, was im Rest von Südamerika kommen wird. Brasilien ist in einer schrecklichen Situation. Wir haben gesehen, was in Argentinien passiert, wo die Polizei gestern, am 9. September, versucht hat, eine Art Putsch durchzuführen. Man kann also sehen, dass es eine Art sozialen Konflikt gibt, der wächst, und das hat damit zu tun, dass dieses Wirtschaftssystem uns nicht das geben kann, was wir brauchen. Nun, das bedeutet nicht, dass die Ergebnisse des Aufstandes und des Kampfes Frieden und Anarchie sein werden… es könnte leider auch Faschismus sein. Aber es ist ein Kampf, der stattfinden muss, es ist ein Kampf, der nicht nur durch einen Aufstand stattfinden kann, er muss auch durch die Entwicklung des sozialen Gefüges stattfinden, durch die Herstellung von Verbindungen, durch den Aufbau verschiedener Arten von Projekten, verschiedener Alternativen, von denen wir viele bereits haben, während andere noch geschaffen werden müssen.

Um nur einige Beispiele von inspirierenden Dingen zu nennen, die während der Pandemie geschehen sind: Campesino-Organisationen haben autonom organisiert mehrere Tonnen Lebensmittel in die armen Viertel von Bogotá und anderer Städten geschickt. Wir haben ähnliche Beispiele in anderen Teilen Südamerikas gesehen. Und zum Beispiel haben sie in einigen dieser Regionen ihre eigenen Sicherheitssysteme – sie haben also ihre eigenen, allerdings unbewaffneten, Wachen. Dies war lange Zeit ein Vorschlag der Gemeinschaften, um die Polizei zu ersetzen, um zu sagen: ihr wisst schon, wir brauchen keine Polizei, die vom Staat kommt – wir haben unsere eigene Gemeinschaftsstruktur, um die Sicherheit zu gewährleisten. Die ganze Idee der Wachen, die aus der Perspektive der Indigenen kommt, ist völlig anders. Sie haben einen Stock, aber dieser Stock wird nie benutzt, um jemanden zu verprügeln; es ist ein Stock, der kollektive Autorität repräsentiert, er wird jemandem gegeben und kann von dieser Person genommen werden. Es ist eine Autorität, die man jemandem gibt, damit diese Person vorübergehend ein:e Wächter:in ist, aber die der Person jederzeit wieder entzogen werden kann, und das ist eine kollektive Verantwortung, damit der Gemeinschaftsschutz funktioniert. Wir haben also indigene Wächter:innen, wir haben die Guardia Cimarrona, die Wächter:innen der Gemeinschaft der Schwarzen, und eigentlich, was man die Primera Linea nennt, die Frontlinie, junge Leute, die bei den Student:innendemonstrationen und dem Streik Schutzlinien gebildet haben. Sie waren im letzten Monat in einem Austausch mit den Wächter:innen aus den ländlichen Gebieten, damit alle diese Perspektive verstehen, um sie in den Städten anzuwenden.

Die Menschen beteiligen sich also nicht nur an einem Aufstand, die Menschen kämpfen nicht nur gegen das System – sie stellen sich auch etwas vor und schaffen neue Wege und neue Perspektiven für eine andere Art von Gesellschaft. Trotz der Wut, die ich im Moment über all die schrecklichen Dinge empfinde, die wir in den letzten Stunden, aber auch in den letzten Wochen gesehen haben – ich habe nicht mitgezählt, aber in den letzten anderthalb Monaten haben wir so ungefähr 15 Massaker erlebt, 60 Menschen wurden von Soldat:innen oder Paramilitärs in ländlichen Gegenden abgeschlachtet – die Welle der Gewalt kann einen zur totalen Verzweiflung bringen, aber wir sehen, dass es inspirierende Beispiele für Anarchist:innen und Antiautoritäre gibt, oder für alle, die eine Welt ohne Unterdrückung und ohne Staat sehen wollen, es gibt Dinge, die uns mit Hoffnung erfüllen.

Übersetzung von SchwarzerPfeil, von uns überarbeitet

[Italien] Erklärung der Angeklagten im Brenner-Prozess

quelle: panopticon.blogsport.eu

Erklärung vor dem Gericht von Bozen
Jeden Tag erdrückt das Grenzsystem Tausende von Menschen. Was zwischen Syrien und der Türkei, zwischen der Türkei und Griechenland, im Archipel der Ägäis, an der Grenze zwischen Bosnien und Kroatien, in den Gefangenenlagern in Libyen, im Mittelmeerraum geschieht, bestätigt, dass die Mauern und die Jagd auf die Armen das Gesicht unserer Gegenwart sind. Während Waren frei von einer Seite des Planeten zur anderen reisen, werden die Menschen rücksichtslos zwischen denen aufgeteilt, die die Grenzen überschreiten können, und denen, die es nicht können: zwischen den Untergetauchten und den Geretteten, mit den Worten von Primo Levi. Zuerst legt eine Wirtschaftsordnung – verheerend in ihrer Kriegslogik und mit zunehmender Plünderung von Rohstoffen, Ökosystemen und Nahrungsmittelselbstversorgung – die Bedingungen fest, unter denen Millionen von Frauen und Männern gezwungen sind, die Länder zu verlassen, in denen sie geboren und aufgewachsen sind; dann treibt ein gigantischer Apparat aus Stacheldraht, elektronischer Überwachung und Konzentrationslagern diese „zurückgewiesene Menschheit" in einen schrecklichen Hindernislauf; diejenigen, die die Selektion überleben, müssen dann so erschöpft und verängstigt sein, jegliche Lebens- und Arbeitsbedingungen in den Ländern, in denen sie landen, zu akzeptieren. Und genau aus diesem Grund schließlich kann man den institutionellen und sozialen Rassismus als Sündenbock für die Schuldigen benennen.

Als der österreichische Staat Ende 2015 seine Absicht erklärte, am Brenner eine einwanderungshemmende Barriere zu errichten, betrafen die Beschwerden der italienischen Institutionen nur und ausschließlich die negativen Auswirkungen, die diese Mauer auf den Gütertransit haben würde. Als Sinnbild einer Vergangenheit, die nicht vergeht, wurde die Pressekonferenz zum Barriereprojekt direkt von der österreichischen Polizei abgehalten und das Ganze als reine „technische Lösung" für den Grenzschutz präsentiert. Der Ausdruck selbst – „technische Lösung" – sollte das Blut zum Kochen bringen.

Während das Ballett der gegenseitigen Erklärungen zwischen der österreichischen und der italienischen Regierung lief, fanden auf italienischem Territorium bereits Polizeikontrollen der ÖBB-Züge statt, und die „technische Lösung" wurde weiter nach Süden verlegt. Monatelang konnten Personen mit einem nicht-weißen Gesicht nicht einmal in diese Züge einsteigen, weder in Bozen noch in Verona. Das Grenzsystem hingegen ist ein mobiles Gerät, das einerseits mit Polizeirazzien und Verwaltungsgefängnissen verbunden ist. (Und es sollte gut die Tatsache widerspiegeln, dass dieselbe „technische Lösung" vor Monaten angenommen wurde, um die Covid-19-Positiven unter den Fahrern und Passagieren auf dem Weg nach Österreich zu kontrollieren und zurückzuweisen: die potentiell „Infizierten" waren diesmal wir).
Aus all diesen Gründen hat jemand mehrmals Züge der ÖBB blockiert; deshalb wurde in den Monaten vor der Demonstration vom 7. Mai 2016 von vielen Seiten auf dem Konzept „wenn Menschen nicht passieren, passieren auch Güter nicht" beharrt; deshalb scheitern die Reden darüber, wie man die Verwaltung dieses Greuels namens „technische Lösung" bewerkstelligen kann.

Was die Premierminister als eine Art Entwurf darstellten, der von einigen „Bossen" verzerrt und von vielen „Geselligen" ausgeführt wurde, war einfach das Gefühl, dass wir auf diese Ungerechtigkeit reagieren mussten. Die „ehrlichen Bürger", die heute nicht zwischen dem, was legal ist, und dem, was richtig ist, unterscheiden wollen – d.h. sie schlafen in jenem Gehorsam ein, vor dem sie vor den Worten Hannah Arendts („Niemand hat das Recht zu gehorchen") warnen, die die Institutionen mit großer Heuchelei vor dieses Gericht gebracht haben – erinnern sich sehr genau an diejenigen, die sich abwandten, als in diesem Land Juden deportiert und Partisanen erschossen wurden.

Lasst uns nun zu den Vorzügen des Prozesses kommen. Das Verbrechen der „Verwüstung und Plünderung" – als solches und mehr noch, wie es von den Staatsanwälten interpretiert wurde – leitet sich direkt aus dem faschistischen Strafgesetzbuch von 1930 ab. Sie war bereits 1859 mit Artikel 157 des Strafgesetzbuches des Königreichs Sardinien und 1889 mit Artikel 252 des Zanardelli-Gesetzbuches erschienen. In diesen Fällen wurde nicht nur ausdrücklich auf den Bürgerkrieg und das Massaker Bezug genommen, sondern die Strafen reichten von 3 bis 15 Jahren. Mit dem faschistischen Gesetzbuch verschwindet jedoch die kleine Sache, die man Bürgerkrieg nennt, während die in Artikel 419 vorgesehene Grundstrafe bei 8 Jahren beginnt. Dann kam die „aus dem Widerstand geborene Demokratie", wird man sagen. In der Tat. Der Artikel ist nach wie vor Artikel 419, und die vorgesehenen Strafen sind die gleichen. Nun, da auf diese Weise die juristische Absurdität erreicht wird, so dass man im Vergleich dazu mit dem Vorwurf der Beteiligung an einem „bewaffneten Aufstand gegen die Staatsgewalten" entschieden weniger riskiert, ist das in Artikel 419 definierte lange ein so genanntes ruhendes Verbrechen geblieben. Einer der wenigen Fälle, in denen sie von 1945 bis Ende der 90er Jahre angewandt wurde, waren die 1948 nach dem Angriff an Togliatti1 ausgebrochenen Aufstände, bei denen in einigen Städten die Partisanen mit Maschinengewehren auf die Straße gingen… Heute ist die Schwelle der akzeptierten Ablehnung so niedrig, dass versucht wird – und in einigen Fällen sogar gelungen ist -, das Verbrechen der „Verwüstung und Plünderung" auf Demonstrationen anzuwenden, für die es sogar grotesk ist, von „weitreichender Zerstörung" zu sprechen. Und so kommen wir zu dem vor einigen Monaten in diesem Gerichtssaal wie auf einer normalen Einkaufsliste formulierten Antrag von 338 Jahren Gefängnis. All dies gegen eine vom Innenministerium geforderte Entschädigung von 8.000 Euro… Wir überlassen dann den Anwälten die – in Wirklichkeit viel politischere als „technische" – Frage der sehr nonchalanten Art und Weise, in der das Verbrechen der materiellen und moralischen Mittäterschaft am Widerstand und an der Verletzung Dutzenden von Menschen durch die einfache Anwesenheit bei dieser Parade in Frage gestellt wird.

Wie aus den zitierten Flugblättern und anderen Materialien und sogar aus den Filmen, die in den letzten Anhörungen wie besessen gezeigt wurden, ersichtlich ist, bestand die Absicht dieser Demonstration darin, die Kommunikationslinien zu blockieren – tatsächlich wurde die Demonstration von der Polizei und den Carabinieri überladen, gerade als sie auf die Gleise ablenkte. „Wenn einige Menschen die Grenze nicht überschreiten können, dann geht nichts und niemand vorbei": Bestimmte ethische Konzepte bedürfen manchmal einer großzügigen praktischen Demonstration.
Grenzen töten. Durch Ertrinken, Erfrieren, durch Unfälle auf Bergwegen oder entlang von Eisenbahnlinien. Oder direkt, mit der Führung der Polizei, wie in Griechenland dank der De-facto-Legitimation durch die Europäische Union geschehen. Wir wollen uns an all dem nicht mitschuldig machen.
Jedem das Seine. Was uns betrifft, so beanspruchen wir die Bedeutung und den Geist dieses 7. Mai mit erhobenem Haupt. Als Zeichen der Wut gegen die tausend Formen des staatlichen Rassismus. Als Ausdruck der Solidarität mit einer gejagten Menschheit. Und als eine Geste der Unterstützung. Gegenüber den Werktätigen, die in Süditalien kämpfen, gegenüber den Migrant*innen, die gegen den Menschenhandel rebellieren, gegenüber den Internierten, die in den Konzentrationslagern der Demokratie revoltieren. Gegenüber denen, die überall auf der Welt nicht ausweichen oder Kompromisse eingehen, weil sie die Freiheit aller und aller bis hin zum Glücksspiel lieben.

Wir geben uns nicht als Opfer von Repressionen aus. Wir sind uns bewusst, was unsere Position auf der Seite der Verdammten dieser Erde und gegen die Pläne der Macht bedeutet.
Lasset uns die Zeit der Unterwerfung aufhören.

Bozen, 11. September 2020

Agnese Trentin, Roberto Bottamedi, Massimo Passamani, Luca Dolce, Giulio Berdusco, Carlo Casucci, Giulia Perlotto, Christos Tasioulas, Francesco Cianci, Andrea Parolari, Mattia Magagna, Sirio Manfrini, Luca Rassu, Roberto Bonadeo, Marco Desogus, Gianluca Franceschetto, Gregoire Paupin, Claudio Risitano, Guido Paoletti, Daniele Quaranta.

[Deutschland] Die drei von der Parkbank – +++Brandgutachter abgelehnt+++Besonders schwere Brandstiftung laut Gericht nicht haltbar+++Haftbefehle bleiben bestehen+++4. Oktober 16Uhr Knastkundgebung+++

parkbanksolidarity.blackblogs.org



Als Solidarisches Umfeld der drei angeklagten Anarchist*innen im Parkbankprozess melden wir uns endlich mal wieder zu Wort. Trotz der Unterbrechung der Verhandlung mit all seinen willkürlichen Entscheidungen, Einschränkungen von Knastbesuchen und langwierigen Streitereien im Gerichtssaal über den Fortgang des Prozesses gab es doch einige Entwicklungen, die wir euch nicht vorenthalten wollen. Doch sei erstmal vorweg gesagt, dass es den drei Angeklagten nach wie vor gut geht und auch nach 14 Monaten Knast und 8 Monaten Prozess alle Drei den Kopf oben behalten und nicht mit den Repressionsbehörden kooperieren. In den letzten Monaten haben sie sich immer wieder mit Analysen des Knastalltags, Einschätzungen zu Repression, etc. aus dem Gefängnis nach draußen gewandt. Vor dem Knast versammeln sich regelmäßig Menschen, um die Gefangenen zu grüßen und ihnen zu zeigen, dass sie nicht allein sind!

Unter der Anklage Brandanschläge auf eine Hamburger Politikerin und den Wohnungsriesen VONOVIA geplant zu haben läuft seit Anfang 2020 ein Gerichtsverfahren gegen die Drei, welches mittlerweile mehr als 40 Verhandlungstage auf der Uhr hat. Von Anfang an haben wir klar gemacht, dass es für uns keine Rolle spielt, ob die Drei schuldig oder unschuldig sind. In einer Gesellschaft, die auf Ausbeutung, Zerstörung und Unterdrückung von Menschen und Umwelt basiert, während sich gleichzeitig Menschen und Konzerne an der Not anderer bereichern oder ihre Rüstungsgüter in Kriegsgebiete verkaufen, können wir nicht in den Kategorien von Polizei und Justiz denken.

Auf die Sauereien des größten privaten Wohnungseigners in Deutschland VONOVIA wurde bei zahlreichen Aktionen, Angriffen und Veröffentlichungen der vergangenen Jahre hingewiesen. Erst vor einigen Tagen wurde öffentlich, dass VONOVIA bei der Vermietung runtergekommener Wohnungen in einem Frankfurter Szeneviertel nicht nur drastisch die Miete erhöht und somit langjährige Mieter*innen mit der Wohnungslosigkeit bedroht. Der Konzern – welcher nach eigenen Angaben über 450 000 Wohneinheiten in Deutschland besitzt – profitiert auch ordentlich von Subventionen durch die Stadt Frankfurt, indem Mietsubventionen aus alten Verträgen nicht an die Bewohner*innen weitergegeben werden. Welche Machtposition börsennotierte Unternehmen wie VONOVIA einnehmen wird mit der Ausbreitung des Corona-Virus und der erwarteten Wirtschaftskrise nochmal offensichtlicher als ohnehin schon: Immer mehr Menschen müssen Angst davor haben ihre Wohnungen zu verlieren, aus ihrem langjährigen Lebensumfeld verdrängt zu werden oder auf der Straße zu landen, weil sie ihren Job verlieren und im Anschluss die Miete nicht mehr zahlen können. Aus Angst vor den Konsequenzen wird sich noch seltener als vorher über den Schimmel in der Wohnung oder die scheiße ausgeführten Reparaturen beklagt. Im Falle von VONOVIA ist das Wohlergehen der Bewohner*innen absolut nachrangig. Was zählt ist Rendite der Aktionäre.

Wie gesagt: Was unsere Gefährt*innen nach Ansicht von Bullerei und Staatsanwaltschaft gemacht oder nicht gemacht haben sollen, ist uns scheißegal! Was wir wissen ist, dass sie für angeblich geplante Aktionen gegen einen Dreckskonzern vor Gericht gezerrt werden. Einen Konzern, dem wir keine Träne nachweinen würden, sollte er sich zusammen mit seinen Aktionären von heute auf morgen in Luft auflösen. KEINE PROFITE MIT DER SCHEISS MIETE oder besser noch: DIE HÄUSER DENEN, DIE DRIN WOHNEN!

Im Folgenden wollen wir auf einige Entwicklungen in dem Prozess gegen die drei Hamburger Gefährt*innen eingehen. Wir glauben, dass hier deutlich geworden ist, welcher Personen sich von Seiten der Ermittlungsbehörden bedient wird, wenn es darum geht, vermeintliche Straftaten in politisch brisanten Prozessen mittels Gutachten zu untermauern. Es soll hier nicht darum gehen, den Einsatz eines zwielichtigen Gutachters gegen die Angeklagten zu skandalisieren. Vielmehr soll exemplarisch gezeigt werden, welcher Seilschaften zwischen Ermittlungsbehörden und wohlgesonnenen „neutralen Gutachtern“ sich in politischen Prozessen bedient wird, um zu Ergebnissen zu gelangen, die sich für eine spezifische Anklage möglichst gut nutzen lassen. Vielleicht regt das Beispiel ja dazu an, in vergangenen und kommenden Verfahren genauer hinzuschauen.

In diesem Prozess scheint die Anklage wegen Vorbereitung einer schweren Brandstiftung maßgeblich auf das Gutachten eines gewissen Sebastian Herrgesell zu fußen. Dieser führt ein Sachverständigenbüro mit einigen Mitarbeiter*innen am Badepark 3 in Schönebeck an der Elbe und ist nach eigenen Angaben mit den „Ermittlungen von Brand- und Explosionsursachen“ beschäftigt. Er wurde von LKA und Staatsanwaltschaft für die Erstellung eines Gutachtens im Zusammenhang mit den angeblich ermittelten Zielen der angeblich geplanten Brandstiftungen beauftragt. Gutachter und Gutachten wurden jetzt vom Gericht zurückgewiesen. Warum?

Anfang August führte die Verteidigung einer der Angeklagten in einer ausführlichen Begründung aus, warum der Sachverständige Herrgesell sowie dessen Gutachten zur Stützung der Anklage abzulehnen sei. Dabei wurden sowohl die Verstrickung des Sachverständigen und seiner Mitarbeiter in Polizeikreise, als auch seine politischen Ansichten offenbar. Darüber hinaus kam heraus, dass dem Gutachter anfangs explizite Theorien über den angenommenen Tathergang präsentiert wurden, welche er bloß noch in seiner Funktion als „neutraler Sachverständiger“ abnicken konnte. Dass von Seiten der ermittelnden Bullen keine Zweifel an der günstigen Einschätzung durch den Gutachter Herrgesell bestanden haben dürften, wird bei genauerer Betrachtungen des Gutachters Herrgesell und seines Teams aus „Brandursachenermittlern“ mehr als deutlich:
Der ehrenwerte Sachverständige Herrgesell betrieb – neben einer Facebook-Seite seines Unternehmens – auch einen privaten Account mit dem Namen „Sebastian Herrgesell“. Darin äußerte er sich abfällig und extrem rassistisch („südländisch aussehende, arabisch sprechende und messerstechende Täter […] sicher nur Einzelfälle!“, „Kinderficker“ in seinem „ARME[N] DEUTSCHLAND“). Das alles gipfelt bei Herrgesell in einem wutbürgerlichen Rundumschlag: „Unglaublich was hier passiert! Und keiner hilft der Polizei! Danke Frau Merkel!“ Likes wurden unter anderem für Fascho-Zitate des Bundesvorsitzenden der DPolG Rainer Wendt und einen gewissen Patrick Berg verteilt. Zweiter forderte im oben genannten Missbrauchsprozess, der Angeklagte gehöre „gesteinigt und der Richter gleich mit“. Letzteres schien das Gericht dann doch augenscheinlich zu empören, weshalb die Richterin den Sachverständigen daraufhin als Zeuge ablehnte. Wenn es halt um ihre eigenen Ärsche geht….. Die Facebook-Seite von Herrgesell ist seit dem Tag des Befangenheitsantrags gegen den Sachverständigen Herrgesell nicht mehr erreichbar.

Bei der Recherche auf der Internetseite des Büros (https://www.sachverstaendigenbuero-herrgesell.de/) kam heraus, dass praktisch alle Mitarbeiter*innen des Sachverständigenbüros eine Karriere bei der Polizei hinter sich haben.Herrgesell selbst hat nach eigenen Angaben ein Praktikum bei den Cops gemacht, wobei er „wertvolle Praxiserfahrung […] im Laufe einer praktischen Zeit bei der Kriminalpolizeiinspektion Saalfeld/Thüringen“ habe sammeln dürfen. Seine beiden Mitarbeiter sind ehemalige Kriminalbeamte außer Dienst, die mit ihrer gesammelten Erfahrung aus Zeiten bei den Ermittlungsbehörden nun in einemvorgeblich unabhängigen Sachverständigenbüroglänzen dürfen. Laut der Internetseite des Büros sei der Mitarbeiter Klaus Günther bis 2014 bei der „Kriminalpolizeiinspektion Saalfeld im Sachbereich gemeingefährliche Delikte tätig“ gewesen, wobei er im Rahmen zahlreicher Weiterbildungen „an den Polizeischulen Thüringen, Hessen, Bayern und Sachsen sowie beim Bundeskriminalamt in Wiesbaden zu Gast“ gewesen sei. Der ehemalige Kriminaloberkommissar und spezialisierte Kriminaltechniker Holger Bautz „bringt 30 Jahre Berufserfahrung“ mit in das Sachverständigenbüro. Bautz war nicht nur 30 Jahre bei den Cops, sondern ist auch Vorsitzender des Motorrad/Rockerclub „Blue Knights“ Chapter Thüringen. Laut OTZ sind in Deutschland „Etwa 1400 Polizisten, Feldjäger oder Zollbeamte“ in dem Rockerclub organisiert. Der Motorradclub „Blue Nights“ kommt ursprünglich aus den USA und hat in Deutschland seinen größten Ableger. Auf die Frage der ermittelnden LKA Beamtin Roos ob eine Nähe zu Ermittlungsbehörden bestehe, gab Herrgesell lediglich an, in der Vergangenheit schon für die Polizei gearbeitet zu haben. Dies schien der frisch gebackenen LKA Beamtin als Beweis für dessen Neutralität zu genügen. Trotz der oben genannten und für jeden frei zugänglichen Informationen über Herrgesell und dessen Team. Das Sachverständigenbüro Herrgesell war ihr von Seiten des für Brandermittlungen zuständigen LKA 45 mangels eigener Kapazitäten empfohlen worden: Man habe schon in der Vergangenheit „gut zusammengearbeitet“.

Zur Sichtung der vermeintlichen „Tatorte“ ließ sich der Gutachter von der genannten Kriminalbeamtin dann auch einfach mal mitnehmen und dort herumführen. In ihrer Vernehmung durch die Anwält*innen der Verteidigung wurde klar, dass dem Gutachter Herrgesell hier schon Theorien über geplante Taten in Form angeblich fertig ermittelter Tatsachen und Schlussfolgerungen als Grundlage für seine Beurteilung als Sachverständiger vorgetragen wurden. Dazu wurden ihm ausgewählte Aktenbestandteile und vom LKA produzierte Videos zu Tests mit Nachbauten der angeblichen Brandsätze zur Untermauerung der polizeilichen Theorien vorgelegt. Gutachter Herrgesell wurde also schön an der Hand durch die Geschichte der Ermittler*innen geführt und durfte am Ende sein neutrales JA! drunter schreiben. Bezüglich seines Gutachtens wurde Herrgesell auch mitgeteilt, er möge sich doch etwas sputen, da man gern zeitnah mit dem Prozess starten wolle. All dies stellen Vorgänge dar, die mit einer behaupteten Neutralität von Gutachter*innen an mehreren Punkten rein gar nicht vereinbar sind. Vielleicht ist es auch deshalb interessant, dass vom ganzen Vorgang des Zustandekommens des Gutachtens sich in den Akten, die der Verteidigung vorliegen, nichts zu finden scheint und dies erst durch die Vernehmung der Ermittlerin Roos als Zeugin ans Licht kam. Diese sagte aus, sie habe dem ganzen Vorgang keine große Bedeutung beigemessen und deshalb auch nichts zur Akte gebracht.

Am Prozesstag des 03.09.2020 ließ sich die Richterin dazu herab, zumindest mündlich kundzutun, dass aus Sicht der Kammer der Vorwurf der Vorbereitung schweren Brandstiftung (§306a StGB) nicht zu halten sei. Wohl aber weiterhin der Vorwurf der Vorbereitung einer Brandstiftung (§306 StGB). An der U-Haft der zwei Gefährten hält sie aber fest. Von Seiten der Verteidigung wurde beantragt, die Haftbefehle aufzuheben. Dazu gibt es noch keine Entscheidung. Des weiteren wurde bekannt, dass die UHA Anwaltspost geöffnet und teils gelesen hat.

Von Seiten des Gerichts ist die Beweisaufnahme jetzt abgeschlossen. Das Gericht will augenscheinlich jetzt schnell zum Ende kommen. Aktuell hat das Gericht den Prozess gegen die Drei bis zum Jahresende terminiert. Ob sich der Prozess und die Untersuchungshaft allerdings noch einige Zeit hinziehen oder bald ein Ende finden, ist für uns zum jetzigen Moment nicht absehbar. Es kann also noch einige Zeit ins Land gehen, bis diese Show ein Ende hat. Wir wissen aus den Erfahrungen und Widrigkeiten des vergangenen Jahres, dass es beschwerlich sein kann einen Prozess über eine so lange Zeit zu verfolgen und sich solidarisch mit den Angeklagten zu zeigen. Die Tatsache, dass es eine so breite Solidarität mit den Angeklagten gegeben hat und immer noch gibt, macht jedoch alle Beteiligten zuversichtlich und gibt besonders den Angeklagten viel Energie!

Wie sich der Prozess noch entwickelt, wann die Inhaftierten aus dem Knast rauskommen oder wie gar am Ende ein Urteil aussehen könnte, darüber kann und soll hier nicht spekuliert werden. Klar ist nur, dass das Gericht von Anfang an klar gemacht hat, dass sie einen zackigen Ritt durch die Beweisführung und die kategorische Ablehnung von Anträgen durch die Verteidigung einer kritischen Beurteilung der teilweise sehr stumpfen und zwielichtigen Ermittlungsarbeit der Bullen vorzieht. Für uns bleibt klar: Wir glauben weder an die Gerechtigkeit einer Justiz, egal, ob sie sich rechter, den Repressionsbehörden nahestehender Sachverständiger bedient oder nicht. Wir kämpfen für eine Welt ohne Knäste und Gerichte, ohne Grenzen, Staaten und ihre Kriege. Mit denen, die sich wegen ihrer kämpferischen Haltung mit Knast und Strafprozessen konfrontiert sehen, zeigen wir uns solidarisch und werden immer an ihrer Seite stehen!

Bleibt also weiter wachsam und solidarisch! Was hier angeklagt und verurteilt werden soll, ist nichts anderes als die kompromisslose Haltung dreier Anarchist*innen gegenüber der Justiz, welche sich jeder Kooperation und Mithilfe bei der eigenen Verurteilung widersetzt.

Solidarität für die drei Angeklagten im Parkbankverfahren! Freiheit für alle! Gegen die Stadt der Reichen und jede Autorität!

Kommt am 4. Oktober um 16:00 Uhr zur Knastkundgebung am U-Haftknast Holstenglacis!

Wird Belarus frei sein?

quelle: schwarzerpfeil.de



Dieser Text ist zwar schon vom 30. August aber wir wollten ihn trotzdem abdrucken!

Deutsche Übersetzung eines Artikels von Integration Nightmare, verfasst von Nikita Ivansky

Seit nun drei Wochen finden auf den Straßen von Belarus Proteste gegen den Diktator Lukaschenko statt. Er ist der erste und einzige gewählte Präsident der Republik Belarus, der das Land seit 26 Jahren regiert. Im Internet gibt es eine Menge Meinungen über ihn. Einige glauben, dass er ein Leuchtfeuer der Hoffnung für den Kampf gegen den westlichen Imperialismus ist, während andere wissen, dass er ein verdammter Psycho ist, der bereit ist zu töten, um an der Macht zu bleiben. Dieser Text geht auf einige Argumente ein, die in anarchistischen und linken Kreisen auf der ganzen Welt online geführt werden. Und am Ende werde ich versuchen zu antworten, wird Belarus frei sein, wenn Lukaschenko stirbt?

Mythologie
Ich werde nicht wiederholen, was bereits sehr gut gesagt wurde. Das anarchistische Kollektiv „Pramen“ hat einen guten Überblick darüber geschrieben, wie die Belarussen zum Aufstand gegen das Regime kamen. Es ist ein gut geschriebener Text über die Situation im Land. Du wirst mindestens 20 Minuten deiner Zeit damit verbringen müssen, es zu lesen, aber zumindest einige Fragen werden verschwinden, sobald du fertig bist. Einige werden es nicht tun.

Beginnen wir mit der Frage des Sozialstaates. Nachdem du dir ein paar Videos angeschaut und ein bisschen Staatspropaganda gelesen hast, denkst du vielleicht, dass der belarusische Staat der letzte wahre Sozialstaat in Europa ist. Die Menschen zahlen nur teilweise für öffentliche Verkehrsmittel. Fabriken sind immer noch im Besitz des Staates. Die Arbeitslosigkeit ist eine der niedrigsten der Welt und alle sind glücklich. Allerdings sind all die sogenannten Sozialprogramme als Überbleibsel der Sowjetzeiten vorhanden. Seit Lukaschenko an die Macht gekommen ist, hat er langsam Schritt für Schritt die Sozialleistungen abgebaut. Das meiste davon tat er, um die Wirtschaft vor dem Zusammenbruch zu retten.

Die Gesundheitsfürsorge in Belarus ist in der Tat kostenlos. Allerdings gibt es einige zusätzliche Regeln. Sogar in staatlichen Krankenhäusern bekommen Menschen mit Geld eine bevorzugte Behandlung, während diejenigen ohne Geld in der längeren Schlange warten müssen. In manchen Fällen muss man bis zu sechs Monate warten, um Tests durchführen zu lassen. Natürlich kann der Sozialstaat den Pöbel nicht zusammen mit den Privilegierten behandeln lassen. Staatsbürokrat:innen und Politiker:innen haben ihre eigenen Krankenhäuser und das Gesundheitswesen sowie die Polizei hat ihr eigenes Krankenhaus in der Hauptstadt des Landes.

Es gibt viele Punkte, wo man weiter gehen kann, um die soziale Seite des belarusischen Staates zu bewerten, aber ich denke, dass die Initiative von 2017 das beste Beispiel dafür geben wird, wie unsozial das derzeitige Regime ist. Diese Idee war, das Konzept des sozialen Parasiten wieder in die Arbeitsdynamik einzuführen. Menschen, die nicht arbeiten, aber trotzdem soziale Dienste in Anspruch nehmen, sind Parasiten auf dem Rücken der Gesellschaft. Wenn sie also in unserer schönen Utopie leben und alle ihre Vorteile genießen wollen – müssen sie bezahlen. Die Regel war sehr einfach – wenn du über 6 Monate im Jahr nicht arbeitest, musst du mindestens 150 Euro pro Jahr bezahlen. Du könntest über eine solche Summe lachen, wenn du in deinem Haus oder deiner Wohnung irgendwo im Westen sitzt. Aber 150 Euro ist der Lohn, den viele Leute für ihre 40-50-Stunden-Arbeitswoche bekommen.

Dies kommt zusammen mit einem anderen sozialen Teil des belarusischen Staates – wenn du arbeitslos bist, kannst du finanzielle Unterstützung von der Regierung beantragen. Das bringt dir 10 Euro pro Monat ein. Das ist alles. Der Laib Brot kostet 50 Cent. Um nur für Strom, Wasser und Gas zu bezahlen, müsstest du etwa 30 Euro ausgeben. Niemand bewirbt sich also um dieses Geld, denn für diese 10 Euro musst du für einen Tag im Monat an irgendeinem Arbeitsplatz arbeiten.

Lustige Tatsache – du erinnerst dich an eine der niedrigsten Arbeitslosenzahlen des Landes? Nun, nur diejenigen, die registriert sind und direkte Hilfe erhalten, werden offiziell als arbeitslos gezählt.

Die Republik Belarus ist also kein sozialistischer Staat. Das war sie nie und wird sie auch nie sein. Du kannst davon träumen, aber es reicht, nur mit irgendeiner beliebigen Person in Belarus zu sprechen, um das zu verstehen. Es ist ein unterdrückender kapitalistischer Staat, der sein Volk im Interesse des Regimes und des Privatkapitals ausbeutet.

Kampf gegen den westlichen Imperialismus
Es gibt einige Leute, die glauben, dass Belarus sich im Kampf gegen den westlichen Imperialismus behauptet. Eine Mission, die vor vielen Jahren vom großen Sowjetstaat begonnen wurde und immer noch von Putin und befreundeten Regimen aufrechterhalten

>>>

wird. Im Allgemeinen zeigt diese Erzählung, dass die Menschen keine verdammte Ahnung vom Imperialismus und seiner Dynamik haben. Fangen wir mit den Grundlagen an. Russland ist ein imperialistischer Staat mit einer eigenen imperialistischen Ideologie und einer aggressiven Politik nicht nur gegenüber den Nachbarländern, sondern auch gegenüber dem Rest der Welt. Und Belarus ist die Interessenzone des russischen Imperialismus. Lukaschenko unterwirft sich dem und bekommt seine Vorteile – billige Öl- oder Gaspreise…

Wenigstens bekam er es noch eine ganze Weile. Aber jetzt nicht mehr. Also muss er einen Ersatz für das ganze Geld finden, das von Putin floss. So fand Lukaschenko Freund:innen im Westen, die bereit waren, dem Regime in den letzten fünf Jahren etwas Entwicklungsgeld zu geben. Das ist eigentlich einer der Gründe, warum die Europäische Union El Presidente nicht so schnell denunziert hat – es gab zu viele Investitionen und Projekte in dem Land. Die Türen zu schließen bedeutet auch, dass die belarusische Regierung zu Russland zurückkehren wird.

Lukaschenko kämpft also nicht den Krieg gegen den westlichen Imperialismus. Er hat gezeigt, dass es kein Problem ist, russische Rubel oder Euro zu nehmen – Geld stinkt nicht. Und das tat er jahrelang, indem er versuchte, zwischen den Großmächten zu manövrieren, um sein eigenes Regime zu erhalten.

Die CIA kontrolliert alle

Ein anderer Teil, den viele westliche Linke zu verkaufen versuchen, ist diese Vorstellung, dass die CIA den Protest in Belarus kontrolliert. Sie stürmten in das Land, ließen hier und da Dollars fallen und versuchen nun, eine neue rechte Regierung zu etablieren. Vielleicht macht die CIA das manchmal nicht alleine, aber es gibt auch den Mossad oder einen anderen verrückten Geheimdienst, der versucht, die Menge in die richtige Richtung zu lenken. Leute, die diese Argumente benutzen, haben auch wenig Verständnis dafür, was in dem Land vor sich geht. Jahrelang haben die USA und die EU aus Angst vor dem ukrainischen Szenario tatsächlich ihre Unterstützung für oppositionelle Gruppen aufgegeben. Viele Oppositionspolitiker:innen, die mit US- oder EU-Geldern arbeiteten, fingen an, Lukaschenko zu unterstützen – er war nun die Person, die sich gegen Putin stellt und die belarusische Unabhängigkeit nicht verkauft. Das ist besser als das Donbass-Szenario. Als die Proteste ausbrachen, gab es also noch keine klaren Führer:innen. Ja, du hast diesen Tichanowskaja und ein paar andere Politiker:innen im Gefängnis, aber sie können die derzeitige selbstorganisierte Menge nicht beeinflussen.

Um es noch absurder zu machen, riefen einige große Oppositionspolitiker:innen tatsächlich dazu auf, sich nicht an dem Protest am 9. August und danach zu beteiligen, weil das Russland provozieren oder andere Probleme schaffen kann. So wurde die Rolle der so genannten Führer:innen von einigen Telegram-Gruppen und Kanälen übernommen, die Nachrichten und zwischendurch einige Memes veröffentlichen.

Die belarusische Gesellschaft hat ihr selbstorganisierendes Potential dieses Jahr durch einen Kampf mit COVID-19 realisiert, der von der Regierung völlig ignoriert wurde. Während Lukaschenko Belarus mit Schweden verglich, mussten die Menschen des Landes das Gesundheitswesen selbst finanzieren. Dutzende von verschiedenen Telegram-Initiativen zeigten, dass wir uns gegen das Virus effektiver organisieren können als das Regime.

Bei all dem ist es schwer vorstellbar, wie irgendwelche Spezialkräfte den Protest gerade jetzt beeinflussen können, da sich viele organisatorische Bemühungen immer mehr von zentralen Punkten weg zu den kleineren Gruppen in Telegram verlagern. Diese Zersplitterung macht es extrem schwierig, den Protest zu kontrollieren oder zu manipulieren.

Wird es also frei sein?

Es gibt einige Leute, die den Aufstand in Belarus von links betrachten und erwarten, dass es einen neuen Schwung für die linke oder sogar anarchistische Bewegung schaffen wird. Belarus wird sich erheben und nicht nur in der Lage sein, die Diktatur loszuwerden, sondern auch die erste freie Kommune der Welt werden.

Dies wird nicht geschehen. Die lange Geschichte der Unterdrückung des Sowjetstaates und der späteren Diktatur von Lukaschenko hat den größten Teil des antikapitalistischen Gefühls im Land zerstört. Der Großteil des belarusischen Volkes kandidiert für freie Vereinigung und faire Wahlen. Nur sehr wenige stehen dem Kapitalismus kritisch gegenüber und viele wollen so leben wie in der EU. Es handelt sich jedoch um einen selbstorganisierten Volksaufstand gegen Lukaschenko ohne eine klare politische Agenda. Wenn die Leute dem Kommunismus kritisch gegenüberstehen (tatsächlich geht die Kommunistische Partei immer noch in die Meetings, um Lukaschenko zu unterstützen), sind sie nicht kritisch gegenüber dem Anarchismus. Viele sehen die Forderungen nach Dezentralisierung im Kontext der Diktatur als vernünftig an.

Als Anarchist:innen in Belarus glauben wir nicht, dass diese Revolution die anarchistische Gesellschaft in die Region bringen wird. Aber auf der einen Seite wird sie, wenn das Regime fällt, den Menschen diese Vorstellung von kollektiver Macht geben, die den sozialen Prozess verändern kann. Aufgrund der derzeitigen Rolle der Arbeiter:innen im Aufstand wird sie der Organisierung der Arbeiterklasse einen Schub geben. Wir können versuchen, die Forderungen der Dezentralisierung und der Demontage der Macht im Land durchzusetzen. Aber am Ende des Tages wird das Volk entscheiden, wohin es ziehen will. Wir sehen diese Revolution als einen wichtigen Teil beim Aufbau einer wahrhaft revolutionären Gesellschaft in unserem Land, aber es ist noch ein langer Weg bis hin zur libertären Revolution.

Also beantworte die Frage nach der Freiheit. Belarus könnte Lukaschenko und die Diktatur loswerden. Vielleicht wird das Wahlsystem im Land wiederhergestellt und es wird faire Präsidentschaftwahlen geben. Was als nächstes passiert – niemand weiß es. Es könnte sein, dass der neue starke Mann aufstehen und versuchen wird, das Land mit eiserner Hand zu regieren, oder es wird weitere Reformen geben, um die Institutionen der Diktatur zu zerstören.

Wirtschaftlich gesehen wird Belarus mit Lukaschenko oder ohne ihn für das nächste Jahr mit Sicherheit Probleme haben. Tatsächlich waren die überstürzten Wahlen im August ein Versuch, die Abstimmung vor der Krise zu bestehen. Höchstwahrscheinlich werden große Fabriken privatisiert werden und dies wird den Konflikt zwischen der arbeitenden Bevölkerung und der Regierung auslösen. Aber all dies liegt in einer turbulenten Zukunft.

Sicher wissen wir, dass an dem Tag, an dem Lukaschenko gehen wird, wir alle eine riesige Party feiern werden. Wir werden tanzen und singen und schreien, weil dieses Regime uns als Gesellschaft und Individuen 26 Jahre lang zerstört hat. Und wir werden aus diesem Kampf als neue Menschen herauskommen, die bereit sind, weiter für unsere Freiheit zu kämpfen!



Vorläufiges Programm der Anarchismustage Wien 2020

quelle: anarchismustagewien.blackblogs.org

Männlichkeit_en in der Linken – Von Selbstreflexion zu politischem Handeln

Auch wenn wir es manchmal nicht wahrhaben wollen, die ‘linke Szene’ ist durchzogen von gewalt- und machtvollen Geschlechterverhältnissen. Mackerhaftes Verhalten, männliche Dominanz, ungleiche Verteilung von Reproduktions- und Sorgearbeit oder vergeschlechtlichte (sexualisierte) Gewalt sind Probleme, mit denen linke Kollektive und Strukturen immer wieder konfrontiert werden. Unter dem Stichwort „kritische Männlichkeit_en“ werden diese Themen aufgegriffen und Cis-Männer dazu aufgerufen, ihre Rolle und Komplizenschaft im Patriarchat zu reflektieren und die eigene Praxis zu verändern.

In unserem Workshop möchten wir zunächst in die Basics kritischer Männlichkeit_en einführen, um im Anschluss darüber hinaus zu gehen. Wir haben den Eindruck, dass kritische Männlichkeit_en häufig bei individueller Selbstreflexion (und manchmal auch Selbstbeweihräucherung und Selbstmitleid) stehen bleibt, anstatt die benannten Probleme zu einer kollektiven politischen Aufgabe zu machen. Darum möchten wir die Frage stellen, wie in linken Kontexten (kollektive) Strategien aussehen könnten, um gemeinsam mehr Geschlechtergerechtigkeit zu schaffen. Dabei arbeiten wir mit kleinen Inputs, Reflexionsfragen, Kleingruppen und kurzen Plena.

open for all Gender

Anarchistische Fragestellungen – Revolution

Im Anarchismus gibt es viele verschiedene Ideen, die sich im Laufe der Geschichte entwickelt haben. Es gibt eine große Zahl an Fragestellungen, zu denen es in der anarchistischen Strömung verschiedene Positionen gibt. In diesem Vortrag sollen einige Theorien und Fragestellungen vorgestellt werden, wobei der Schwerpunkt auf dem Thema Revolution liegen soll. Ist eine Revolution anzustreben, ist Gewalt ein angemessenes Mittel, geht es um die einzelne Person oder um die Gesellschaft …? Am Ende ist Zeit für Diskussion und Streiterei.

Transformative Justice

Wie können wir mit Gewalt (z.B. sexualisierter Gewalt oder Rassismus) in unseren Gemeinschaften umgehen, ohne die Polizei zu rufen? Wie können wir kollektiv Verantwortung übernehmen, anstatt diese abzugeben? Wie sieht der Umgang mit grenzüberschreitendem Verhalten und struktureller Gewalt aus, ohne Strafe und Gefängnis? Wo sind die Grenzen von Tranformative Justice? Wir diskutieren die Theorie und Praxis von transformativer Gerechtigkeit und kollektiver Verantwortungsübernahme bei Gewalt und Konflikten. Der Workshop beinhaltet Inputs, Gruppenarbeiten und Partner_innengespräche und ist interaktiv. Die Workshopvorbereitende Person ist Nui (Pronomen Nui), Nui ist Teil von Awarenetz.ch und spricht aus einer anarchistisch, hellhäutigen-ashkenazi -jüdischen, chronisch kranken und bildungsnahen Position und ist selber von patriarchaler Gewalt betroffen. Der Workshop findet in deutscher Lautsprache statt.

KILL YOUR PHONE

In diesem Workshop werden gemeinsam Handytaschen genäht, die Funksignale blockieren. Warum das wichtig ist und wann es Sinn macht, so eine Handytasche zu verwenden, wird vor Ort diskutiert. Materialien werden zur Verfügung gestellt!

Mehr Infos unter KILLYOURPHONE.COM

Einsperren, verwalten, abschrecken – die Funktion der Knäste und Utopien jenseits davon

„Stell dir vor dir würde von einem Tag auf den nächsten die Kontrolle über dein Leben genommen werden. Viele Entscheidungen, beispielsweise wann du isst, wann du schläfst, wann du andere Menschen treffen kannst – und welche anderen Menschen –, ob und welche Bücher du lesen darfst würden von anderen Menschen für dich getroffen. Stell dir vor, du würdest gezwungen werden, für einen Tageslohn von rund 8 Euro zu arbeiten und irgendwer würde dich trotzdem zwingen, einen Teil dieses Geldes zu sparen.“ (kaos muc)

Das Gefängnis ist eine zentrale Institution des Justizsystems, es wirkt dabei nicht nur auf Gefangene ein, sondern auf uns alle. Die Drohung eingesperrt zu werden, lässt uns zweimal nachdenken, bevor wir uns nehmen, was wir zum Leben brauchen, bevor wir die Regeln der Herrschenden überschreiten. Denn Knäste sind einer der krassesten Ausdrucksformen des repressiven Herrschaftsapparates. Sie sichern Eigentum, Ausbeutung und Unterdrückung.

Daher ist es nur logisch, dass ein Großteil der Eingesperrten wegen „Eigentumsdelikten“ im Gefängnis sitzen. Wegen Vorwürfen wie Diebstahl oder ohne Ticket fahren. Ohne ausreichenden Zugang zu für sie notwendige materielle Güter und Dienstleistungen, werden sie für den Versuch sich diese anzueignen hinter Gitter gebracht.

Mehr als ein Drittel der Eingesperrten sitzen in Deutschland, da sie eine Geldstrafe nicht bezahlen konnten. Somit ist die Ersatzfreiheitsstrafe eine der krassesten Ausdrücke der Bestrafung fürs arm sein.

Und währenddessen verdient eine ganze Industrie rund um Gefängnisse prächtig daran. Von überteuerten Dienstleistungen wie Telefonieren im Knast zu Knastarbeit für Löhne, die eigentlich nur ein Hohn sind.

Die gesamtgesellschaftliche Konditionierung wird uns dabei als Notwendigkeit dargestellt. Nur so könnte Chaos vermieden werden. Das Argument der Knast wäre nötig um Gewalt zu verhindern, ist allerdings mehr als fraglich. Selbst das Justizministerium kam in einer Studie zu der Schlussfolgerung, dass Haftstrafen gegenüber nicht einsperrenden Strafen, die Wahrscheinlichkeit eine Gewalttat wieder zu begehen eigentlich erhöhen. Nicht wirklich erstaunlich, dass ein so gewaltvolles System wie Gefängnisse, Gewalt eher fördern. Warum also ist ein System, dass die gewaltvollen Zustände in unserer Gesellschaft eher verschlimmert eine so zentrale und scheinbar unabdingbare Institution?

Darüber wollen wir mit euch diskutieren und uns fragen, warum gibt es Knäste, was ist deren Funktion? Wie hängen soziale Konditionierung, staatlicher Machterhalt und die Idee des Einsperrens zusammen? Und was sind unsere Utopien einer freieren Gesellschaft?

Smash patriarchy!? – Feministische Perspektiven auf Gewalt im und gegen das Patriarchat

In dem dreistündigen Workshop möchten wir gemeinsam Verständnisse von „Patriarchat“ und Feminismus und die Rollen von Gewalt erarbeiten. Vorgestellt werden verschiedene feministische Strömungen und ihre Positionen zur Befreiung von Sexismus, Queer- und Trans*-Politiken, Rassismus- und Herrschaftskritik. Es soll herausgestellt werden, dass (sexualisierte) Gewalt fundamental ist, um Geschlechterherrschaft herzustellen und zu erhalten.

Anschließend möchten wir uns kritisch mit dem sogenannten „Strafrechtfeminismus“ auseinandersetzen, der einen Umgang mit Übergriffen und zwischenmenschlicher Gewalt durch Bestrafung in Kooperation mit dem Staat sucht, und kurz Alternativen darstellen.

Zuletzt sagen wir: Es ist möglich und wichtig, uns konfrontativ – jenseits von Mackertum und Selbstzweck – den Diskurs um Gewalt anzueignen und gegen die bestehenden (patriarchalen) Verhältnisse zu richten. Antisexismus muss Praxis werden!

Ob und wie das funktionieren kann, würden wir gerne mit Euch diskutieren und freuen uns auf rege Teilnahme. Der Workshop ist möglichst niedrigschwellig und soll Menschen mit verschiedenen Kenntnisständen und Hintergründen ansprechen.

Bezugsgruppen 1×1: wie können wir uns langfristig miteinander organisieren?

Input und offener Austausch, wie wir uns langfristig feministisch organisieren und Bedürfnisse, Ängste, Lebensrealitäten und Privilegien mitdenken können.

„Verlass dich nicht auf gesetzliche Bestimmungen, aber fordere deren Einhaltung“ – Ein Rechtsinfo Workshop.

Immer wieder kommt es bei Demonstrationen aber auch im Alltag zu willkürlichen Kontrollen bis hin zu Festnahmen durch die Polizei. Aber was darf sie eigentlich wirklich? Wann darf sie Ausweise verlangen, Rucksäcke durchsuchen, Filmen verbieten, etc.? Wir wollen Euch rechtliche Basic-Infos zu diesen Themen vermitteln und politische Strategien zum Umgang mit Repression besprechen. Wichtig ist, sich nicht abschrecken zu lassen und die eigenen Rechte zu kennen.

Die Rote Hilfe Wien ist eine strömungsübergreifende Solidaritätsorganisation die es sich zum Ziel gesetzt hat, bei Repressionsfällen zu unterstützen.

„Struktureller Antisemitismus“: Ein Totschlagargument oder ein wichtiges Analysetool der Antisemitismuskritik?

Es besteht kein Alleinanspruch der Linken auf den Antikapitalismus und dieser ist nicht per se emanzipatorisch. Spätestens mit der Kritik an der globalisierungskritischen Bewegung kam auch deren oft personalisierende und moralisierende Antikapitalismus in die Kritik – als (zumindest) strukturell antisemitisch. Ein Diskurs soll so bezeichnet werden, wenn er ohne Nennung von “Juden” auskommt, aber ansonsten genug Bedingungen erfüllt, um als antisemitisch gekennzeichnet zu werden. Mit dem Attribut “strukturell” kann auch jener Teil des Ressentiments, der sich unter gleich bleibenden psychodynamischen Funktionen von den “Juden” gelöst hat, bezeichnet werden. Gegenwärtig richtet er sich gegen „die da oben“ – denen viel “Jüdisches” angedichtet wird.

Vortrag und Diskussion über eine umstrittenes Konzept, das leider in der Antisemitismusforschung ignoriert wird.

Befreiung von Eigentum und Geld

Im Workshop wollen wir mit euch über unsere Kapitalismuskritik diskutieren. Wir denken, dass dazu auch Blicke auf die Entstehung von Eigentum, Geld und Ökonomie, auf Warenverhältnisse und Arbeit in der patriarchalen Kulturgeschichte notwendig sind. Dazu gehört z.B. die symbiotische Entstehung von Ökonomie, Staat und Militär und die sehr gewalttätigen Prozesse, in denen die Menschen diesen neuen, ökonomischen Verhältnissen unterworfen wurden. Exemplarisch werden auch aktuelle Beispiele für die symbiotische Verbindungen der Herrschaft und des Widerstands dagegen thematisiert.

Das Buchprojekt ‘Befreiung vom Geld und Eigentum’ ist das Ergebnis einer 2010 von einer Person geschriebenen Diskussionsgrundlage und eines folgenden, fast 10-jährigen, kollektiven Diskussions- und Redaktionsprozesses im Umfeld vom Umsonstladen Bremen. Das Buch wird in Wien & Basel gedruckt und ohne Preisschild verteilt. Es wird keine* daran verdienen. Wir freuen uns aber über Spenden. Dieses Buchprojekt ist, wie der Umsonstladen Bremen, ein anarchistisches Projekt. Das Autor*innen- und Diskussionskollektiv verbindet insbesondere Anarch*a-Feminismus,Anarch*a-Kommunismus und ökologischen Anarchismus. Band 1 & 2 mit einer Krititik der herrschenden Verhältnisse sind bereits erschienen.

Mehr Infos: befreiungvomgeldundeigentum.blackblogs.org

We look out for each other!

Rassistische Polizeikontrollen gehören für viele Personen zum Alltag. Menschen werden aufgrund ihrer Hautfarbe, Sprache, Religion oder vermeintlicher Herkunft unter Generalverdacht gestellt und stehen im Visier polizeilichen Handelns. Rassistische Polizeikontrollen die meist einhergehen mit physischer und psychicher Gewalt, können im schlimmsten Fall tödlich enden. Diese Gewalt trifft nicht nur rassifizierte Männlichkeiten, die von der Polizei als ‚gefährlich‘ und/oder ‚anders‘ eingestuft werden. Mehrfach marginalisierte Personen, die z.B. auf Grund ihrer Sexualität, ihrer Geschlechtsidentität oder ihres Aufenthaltsstatus Gewalt erleben, sind besonders vulnerabel für rassistische Polizeikontrollen und ihre Folgen.

Die Inhalte des Workshops sind neben einer Einführung über Racial Profiling als intersektionale und institutionalisierte Praxis staatlicher Gewalt auch rechtliche Informationen als Werkzeug um sich zu wehren/ kritisch zu beobachten. Weiters wollen wir der Frage nachgehen, wie jede*r einzelne von uns im Alltag (unter Berücksichtigung unserer unterschiedlichen Positionierungen) bei rassistischen Polizeikontrollen intervenieren kann.

Der Workshop ist offen für ALLE. Das Diskutieren über Handlungsmöglichkeiten und Strategien wird jedoch aufgeteilt in Personen,die von Rassismus betroffen sind und Personen die das Privileg haben, es nicht zu sein.

